Hermann Axen

Fragen der internationalen Lage und der internationalen Beziehungen der SED



Vortrag
vor leitenden Kadern
am 8. April 1974

Hermann Axen

Fragen der internationalen Lage und der internationalen Beziehungen der SED



Dietz Verlag Berlin 1974

Lizenznummer 1
LSV 0246
Printed in the German Democratic Republic
Gesamtherstellung: (140) Neues Deutschland Berlin
Best.-Nr.: 736 353 8
EVP 0,80

I. Die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses

Wir leben in einer Zeit, in der in der Weltarena in schnellem Tempo bedeutende revolutionäre Veränderungen vor sich gehen. Die internationalen Ereignisse haben, sagte Genosse Erich Honecker im Interview des „Neuen Deutschland" im Oktober 1973, eine Dynamik und Dramatik angenommen, die uns Kommunisten und die gesamte Bevölkerung der DDR zutiefst bewegen.

Im Ergebnis der allgemeinen Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Welt zugunsten des Sozialismus wurde in den internationalen Beziehungen eine Wende vom kalten Krieg zur Entspannung und zur Durchsetzung und Verankerung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eingeleitet. Auf einigen wichtigen Schauplätzen der Weltpolitik wurden die Spannungen abgebaut und gemindert.

Die konkreten Errungenschaften, die zur Herausbildung einer neuen politischen Lage in der Welt geführt haben, sind gut bekannt. Sie bestehen in dem System der Abkommen und Verträge, die berufen sind, die Gefahr eines weltweiten thermonuklearen Krieges einzudämmen und abzuwenden. Sie bestehen in dem Paket der Abkommen und Verträge, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa völkerrechtlich definitiv verankern. Sie bestehen in der Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen und im

Ausbau der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern. Sie bestehen in der Beendigung der USA-Aggression in Vietnam und in Laos und in der Schaffung von Voraussetzungen für einen gerechten Frieden in ganz Indochina. Sie bestehen in der Überwindung der Feindseligkeiten und in der schrittweisen Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten auf dem indischen Subkontinent. Sie bestehen in den unverkennbaren Erfolgen des Kampfes gegen die Aggression Israels im Nahen Osten und im Aufkommen von Perspektiven für eine politische Beilegung des Konfliktes in diesem explosionsgefährlichen Raum. Sie bestehen im völligen Zusammenbruch der mehr als zwanzigjährigen politisch-diplomatischen Blockade des Imperialismus gegenüber der DDR und in der nunmehr endgültig vollzogenen gleichberechtigten Teilnahme des sozialistischen deutschen Staates am internationalen Leben; sie bestehen in der Konsolidierung der internationalen Positionen Kubas sowie in der Lösung einiger anderer akuter Probleme, die die internationale Atmosphäre jahrzehntelang vergifteten.

Von wahrhaft historischer Bedeutung ist der beginnende Wandel in den Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA. Mit den Verhandlungen, die Genosse L. I. Breshnew mit dem Präsidenten der USA, Nixon, geführt hat, und den 1972 und 1973 abgeschlossenen sowjetisch-amerikanischen Abkommen und Verträgen wurde eine grundlegende Umgestaltung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA eingeleitet. Diese Umgestaltung der Beziehungen erfolgt nicht in Verwirklichung der imperialistischen Doktrinen von Truman, Dulles, Eisenhower, Johnson und Nixon, deren Scheitern offensichtlich geworden ist, sondern auf der Grundlage der Leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Insbesondere das Abkommen über die Verhütung eines nuklearen Krieges ist ein wichtiger Beweis dafür, daß die Wende vom kalten Krieg zu Beziehungen der friedlichen Koexistenz zu einer grundlegenden Tendenz der Weltpolitik geworden ist.

Dieses Abkommen ist seit dem Potsdamer Abkommen das wichtigste zwischen der Sowjetunion und den USA zur Sicherung des Weltfriedens. Dabei gilt es in Betracht zu ziehen, daß das zugunsten der UdSSR, zugunsten des Weltsozialismus grundlegend veränderte militärische und politische Kräfteverhältnis eine stärkere Grundlage der Dauerhaftigkeit des Abkommens über die Vermeidung eines nuklearen Krieges darstellt, als es das damalige Kräfteverhältnis hinsichtlich einer allgemeinen Realisierung des Potsdamer Abkommens sein konnte. Man kann das sowjetisch-amerikanische Abkommen zur Vermeidung eines nuklearen Krieges als das erste entscheidende Abkommen im Atomzeitalter bezeichnen.

Seine besondere Bedeutung besteht darin, daß die Hauptmacht des Imperialismus gezwungen wurde, auf die Androhung und Anwendung atomarer Gewalt zu verzichten und einzuwilligen, daß Kernwaffen durch niemand und nirgendwo angewandt werden dürfen. In dem Abkommen konnten die USA weiter verpflichtet werden, gemeinsam mit der Sowjetunion alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Gefahr der Entfesselung eines Nuklearkrieges durch dritte Staaten zu verhüten. Dies stellt also eine Vereinbarung dar, die darauf gerichtet ist, daß bestehende internationale Konfliktherde, wie zum Beispiel Indochina, der Nahe Osten oder latente Gefahrenherde (karibischer Raum, indischer Subkontinent), nicht zu einem nuklearen Kriege führen dürfen.

Zugleich enthält das Abkommen die gegenseitige Verpflichtung, rechtzeitig der Entstehung neuer gefährlicher internationaler Krisensituationen und Konfrontationen vorzubeugen. Der Oktoberkrieg 1973 im Nahen Osten hat trotz der durch ihn bewirkten Verschärfung der internationalen Lage die positive Wirkung des sowjetisch-amerikanischen Abkommens dadurch bestätigt, daß es gelang, den Krieg zu lokalisieren und den militärischen Operationen zum Teil relativ schnell Einhalt zu gebieten.

Im engen Zusammenhang mit dem Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges stehen die vereinbarten, sehr

bedeutsamen „Grundprinzipien für die Verhandlungen über die weitere Begrenzung der strategischen Offensivwaffen". Diese vereinbarte Direktive für die weiteren sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen sieht vor, daß die strategischen Offensivwaffen, die gefährlichsten und teuersten aller Kernwaffen, nicht nur wie bisher zeitweilig, sondern auf Dauer, nicht nur wie bisher quantitativ, sondern auch qualitativ begrenzt werden sollen. Die Verwirklichung dieser Direktive würde das Abkommen über die Verhütung eines Nuklearkrieges wirksam untermauern. Man darf einerseits nicht die Schwierigkeiten gering schätzen, die die Regierung der USA dem erfolgreichen Abschluß eines solchen, zweifellos bisher weitreichendsten Abkommens über Rüstungsbegrenzung und Rüstungseinschränkung und zur Verringerung der Gefahr eines Atomkrieges bereiten. Andererseits existieren objektive Faktoren für eine künftige erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe, die den Lebensinteressen aller Völker dient.

Bisher hatten die Führer der USA solche Abkommen stets abgelehnt, da sie der Meinung waren, die USA könnten auch nach dem Verlust ihres ursprünglichen Atomwaffenmonopols ein militärisch-strategisch entscheidendes Übergewicht über die UdSSR behaupten beziehungsweise wieder zurückgewinnen oder sogar ausbauen. An solchen Plänen arbeiteten und scheiterten bekanntlich die früheren Verteidigungsminister der USA McNamara und Laird. Dank der richtigen Politik der Führung der KPdSU und der enormen Leistungen und Opfer des Sowjetvolkes für die Stärkung der Verteidigungskraft der UdSSR vermochten die USA weder das Monopol noch die Überlegenheit bei Kernwaffen und den Mitteln ihrer Beförderung zu wahren. Die gewaltigen Fortschritte der UdSSR auf diesem Gebiet kamen für die herrschenden Kreise der USA überraschend und machten ihren militär- und außenpolitischen Kurs von der „Position der absoluten Stärke" zuschanden. Nach Jahrzehnten verfehlter, aber ungeheuer kostspieliger Aufrüstung gelangen nun auch führende Politiker des Monopolkapitals der USA, wie zum Beispiel der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des

Senats, W. Fulbright, und andere Zug um Zug zu der Erkenntnis, daß die Rüstungswirtschaft, der militärisch-industrielle Komplex – oft auch als Regulierungsfaktor zur Aufrechterhaltung der Konjunktur eingesetzt – nicht nur zu einem gewaltigen unproduktiven, sondern zu einem die Kräfte und Ressourcen der USA auszehrenden und die Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft enorm verschärfenden Teil der Wirtschaft geworden ist. Das sowjetisch-amerikanische Abkommen über die Verhütung eines nuklearen Krieges und die weiteren Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen wirken somit dem uferlosen Wettrüsten der extremsten Kräfte des militärisch-industriellen Komplexes in den USA entgegen. Sie durchkreuzen die Absichten der aggressiven Kreise in der BRD, in Großbritannien, Israel, Japan, Südafrika, Griechenland, Brasilien usw., die Spannungen zwischen den USA und der UdSSR zwecks Steigerung des Wettrüstens und im Interesse der eigenen Expansionsbestrebungen zu schüren. Sie erschweren die Pläne der Pekinger Führung, die UdSSR und die USA gegeneinander auszuspielen, zwischen ihnen die Spannungen zu schüren und sie in Konflikte zu verwickeln.

Das Abkommen erschwert andererseits auch die von Kreisen des Monopolkapitals der USA verfolgte Variante, durch das Zusammenspiel mit Peking Druck auf die UdSSR auszuüben.

Bei den erwähnten Verhandlungen des Genossen L. I. Breshnew mit Präsident Nixon wurden außer den genannten entscheidenden Abkommen zur Abwendung eines nuklearen Krieges eine Anzahl Verträge und Abkommen zum Ausbau der ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten abgeschlossen.

Die Vereinbarung, in den nächsten Jahren den Handel zwischen der Sowjetunion und den USA beträchtlich zu erweitern, bedeutet, daß die USA an die Spitze der kapitalistischen Außenhandelspartner der UdSSR zu gelangen gedenken. Das zeigt, daß die Sowjetunion dank ihrer gewachsenen ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Macht eine immer aktivere Rolle

im ökonomischen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus spielt. Für das USA-Monopolkapital – und nicht nur das der USA – wird angesichts der Schrumpfung der kapitalistischen Märkte der sowjetische Markt zu einem der wichtigsten Außenhandelsmärkte. Fürwahr, solch gigantische Projekte der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, wie sie die UdSSR interessierten Kreisen der entwickelten kapitalistischen Länder vorschlägt, vermag heute kein kapitalistischer Staat, und natürlich auch kein Entwicklungsland überhaupt zu bieten. Es versteht sich jedoch, daß die kapitalistischen Staaten, vor allem die USA selbst, auf jegliche, den Handel mit der UdSSR diskriminierenden Gesetze und Aktionen verzichten müssen.

Mit den Abkommen über die Zusammenarbeit auf den Gebieten des Erdöls, des Erdgases, der Atomenergie, des Umweltschutzes, der Kosmosforschung bestätigt die ökonomisch und wissenschaftlich-technisch entwickeltste Macht des Imperialismus, daß wichtige Grundfragen der Weltwirtschaft, der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, ja der menschlichen Zivilisation nicht von den industriell entwickelten Ländern des Kapitalismus allein, sondern besser in Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern gelöst werden können. Auf diese Weise schaffen diese Abkommen neue ökonomische und wissenschaftlich-technische Grundlagen für die Gestaltung der Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten des Sozialismus und des Kapitalismus.

Aus all dem ergibt sich ein sehr positiver Einfluß auf die Weltpolitik. Teils aus offener Feindseligkeit, teils aus bürgerlich-nationalistischer Enge beten manche das von den Maoisten lancierte böswillige Schlagwort von der Sowjetunion als „Supermacht" nach und unterstellen dem Lande Lenins, es sei bestrebt, mit den USA eine Art Weltdirektorium zu errichten. Als Marxisten-Leninisten antworten wir:

Erstens ergibt sich die Politik eines Staates aus seinem Klassencharakter, aus seiner Gesellschaftsordnung, aus seiner

Rolle im welthistorischen sozialen und nationalen Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der Völker. Und mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Errichtung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, der Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus in der UdSSR, mit der Befreiung der Welt vom Faschismus und der Umgestaltung des internationalen Kräfteverhältnisses vollbrachte und vollbringt die Sowjetunion die entscheidenden Taten, daß der Imperialismus, das System der Ausbeutung und der Ausrottung des Menschen durch den Menschen, nicht mehr die vorherrschende Macht ist, die bis zum Sturm auf das Winterpalais ein furchtbares Weltdirektorium über die Menschheit ausgeübt hat.

Vielmehr ist es die entscheidende Garantie für den Weltfrieden und den Fortschritt aller Völker, daß gerade die sozialistische Sowjetunion heute die stärkste Macht der Welt ist, wodurch die erhabenen Ideen des Kommunismus immer mehr zur materiellen Gewalt werden.

Zweitens besagen die Tatsachen: Die UdSSR und die USA erstrecken sich über drei Kontinente. Sie erzeugen etwa 50 Prozent der Weltindustrieproduktion und verfügen über mehr als 90 Prozent aller Kernwaffen-Raketenstreitkräfte. Ihr wissenschaftlich-technisches Potential ist das größte und leistungsfähigste der Welt.

Das sind wichtige objektive Faktoren dafür, daß der Stand der Beziehungen zwischen beiden Staaten die gesamte internationale Lage weitgehend beeinflußt und insbesondere für die Frage „Weltkrieg oder Weltfrieden" von immenser Bedeutung ist.

Wandel der Lage in Europa

Genossinnen und Genossen!

Von großer Bedeutung für die Festigung des Friedens und der Sicherheit in der ganzen Welt ist der Wandel der Lage auf dem

europäischen Kontinent. Europa ist natürlich nicht der Nabel der Welt, aber es nimmt objektiv einen wichtigen Platz in der Weltpolitik, in der weltweiten Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen System ein.

Europa blieb lange Zeit eines der neuralgischen Gebiete der Erde. Hier sind Imperien entstanden und auch untergegangen. Hier haben zwei Weltkriege ihren Ausgang genommen, und unser Kontinent war ihr Hauptaustragungsfeld.

Europa ist ein Kontinent von bedeutenden politischen und ökonomischen Potenzen:

- Auf ihn entfallen 55 Prozent Anteil an der Weltindustrieproduktion;
- Europa verfügt über das größte technisch-wissenschaftliche Potential der Welt;
- von allen Industriearbeitern auf der Welt leben in Europa heute etwa die Hälfte;
- in Europa leben und kämpfen über zwei Drittel der Kommunisten der Welt;
- im heutigen Europa lebt ein Fünftel der Weltbevölkerung, es ist der am dichtesten besiedelte Kontinent.

In Europa stehen sich die Hauptkräfte und Hauptmächte des Imperialismus und des Sozialismus unmittelbar gegenüber.

Krieg in Europa würde zum Unterschied von Indochina oder dem Nahen Osten thermonuklearen Weltkrieg bedeuten. Fester Frieden und friedliche Koexistenz in Europa dagegen vergrößern die Chancen, den Weltfrieden zu sichern und lokale Kriegsbrandherde in anderen Teilen einzudämmen und auszutreten.

Die Wende auf unserem Kontinent wird sichtbar in dem großen Vertragswerk, das bekanntlich aus den Verträgen von Moskau, Warschau, Berlin und Prag sowie dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin besteht. Man kann feststellen, daß damit wesentliche, von den sozialistischen Staaten für die Zurückdrängung und Fesselung des Militarismus und Revanchismus in der BRD im Interesse des Weltfriedens für unumgänglich gehaltene Forderungen erfolgreich durchgesetzt worden sind.

Mit allen diesen Verträgen und Vereinbarungen wurden die Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung in Europa völkerrechtlich fixiert und die Grundlage für die breitere Entfaltung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz und der sachlichen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten Europas gelegt.

Ein qualitativer Fortschritt der sozialistischen Friedenspolitik ist das Zustandekommen der europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit und der Verlauf der ersten Konferenzphase. Es wurde erreicht, daß die zentralen, für Frieden und Sicherheit in Europa entscheidenden Fragen, also die Unverletzlichkeit der Grenzen, der territorialen Integrität, der Gewaltverzicht, die friedliche Regelung von Streitigkeiten, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, die friedliche Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, im Mittelpunkt des Konferenzverlaufes stehen. Richtungweisend für die Arbeit der europäischen Sicherheitskonferenz sind die von den sozialistischen Staaten eingebrachten Dokumentenentwürfe, darunter in erster Linie die vom Genossen Gromyko im Namen der Sowjetregierung vorgeschlagene „Allgemeine Deklaration über die Grundlagen der europäischen Sicherheit und die Prinzipien der Beziehungen zwischen den Staaten in Europa".

Bestimmte Kreise der NATO-Staaten waren während der zweiten Phase bestrebt, die gesamteuropäische Konferenz zu verschleppen und gegen die Sicherheit aller Staaten gerichtete Bedingungen durchzusetzen.

Es ging um **zwei Hauptstreitfragen: Einmal** sollte in unmittelbarem Zusammenhang mit dem für die europäische Sicherheit entscheidenden Prinzip, nämlich das der Unverletzlichkeit der Grenzen – dessen Anerkennung angesichts der unwiderlegbaren historischen Erfahrungen die kapitalistischen Regierungen schwerlich ausweichen können –, dieses durch Formulierungen über mögliche Änderungen von Grenzen ausgehöhlt werden.

Unsere Staaten haben eine solche unlogische und die uneingeschränkte Gültigkeit des Hauptprinzips der Unverletzlichkeit der Grenzen in Frage stellende künstliche Koppelung der zwei Formulierungen im gleichen Artikel abgelehnt. Niemand hat etwas gegen eine Präzisierung von festgelegten und definitiv anerkannten Grenzlinien auf dem Wege von Verhandlungen. Aber das hat überhaupt nichts mit dem Prinzip der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen in Europa zu tun. Der sogenannte „friedliche Anschluß" Österreichs, von Danzig, des damaligen Memel-Gebietes sind noch in frischer Erinnerung.

Der **zweite Streitpunkt** ist die NATO-Forderung nach Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten vermittels einer durch keinerlei Gesetze geregelten, schrankenlosen „Freiheit von Informationen, Ideen und Personen". Die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft sind für den breiten Austausch von geistigen Werten, selbstverständlich unter strenger Beachtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten jedes Staates. Sie lehnen es ab, eine Legalisierung der Einmischung und der Diversion des Imperialismus als Vorbedingung für die friedliche Koexistenz anzuerkennen. Im übrigen gibt es in keinem kapitalistischen Staat die so gepriesene absolute „Freiheit von Ideen, Informationen und Personen".

Ein wichtiger Aktivposten in der positiven Bilanz des Weltsozialismus ist die weltweite diplomatische Anerkennung der DDR. Wir betrachten dies als Ergebnis der koordinierten Außenpolitik der sozialistischen Gemeinschaft, die im sozialistischen Aufbauwerk unserer Werktätigen und im festen Bruderbund mit der UdSSR ihre festen Grundlagen besitzt. Nach der Herstellung normaler, diplomatischer Beziehungen zur großen Mehrheit der Staaten der Erde, nach dem Inkrafttreten des Grundlagenvertrages mit der BRD, nach dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin wurde mit der Aufnahme der DDR in die UNO und in ihre wichtigsten Spezialorganisationen der Prozeß des internationalen Durchbruchs des sozialistischen deutschen Arbeiter-

und-Bauern-Staates in der Weltarena vollendet. Nicht nur die Hallstein-, sondern auch die Scheel-Doktrin hat ein Fiasko erlitten. Dieser diplomatische Wurmfortsatz der berüchtigten Alleinvertretungsanmaßung war darauf gerichtet, sowohl die Herstellung diplomatischer Beziehungen dritter Staaten zur DDR (einschließlich des Botschafteraustausches) als auch die Mitgliedschaft unseres sozialistischen Staates in den Vereinten Nationen von der Durchsetzung der von der BRD mit allen Mitteln erstrebten sogenannten innerdeutschen Sonderbeziehungen zur DDR abhängig zu machen.

Wie Genosse Honecker im Interview des „Neuen Deutschland" betonte, ist nach der Aufnahme der DDR in die UNO im völkerrechtlichen Sinne die Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD vollzogen.

Genossen!

Von großer internationaler Bedeutung ist die Tatsache, daß in Asien, dem Kontinent, auf dem mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, der Prozeß der Verbesserung der Lage in Gang gesetzt werden konnte. Die entscheidende Voraussetzung dafür, der weltpolitische Tragweite zukommt, war die Beendigung des Krieges in Vietnam und in Laos.

Mit der Durchführung des Pariser Abkommens wird der gefährlichste und fast dreißig Jahre, das heißt seit dem zweiten Weltkrieg bestehende Kriegsbrandherd gelöscht. Die Beendigung des Vietnamkrieges stärkt die Positionen des Sozialismus in Südostasien. Die Demokratische Republik Vietnam hat sich als Vorposten des Sozialismus, als Bollwerk der nationalen und sozialen Revolution aller indochinesischen Völker siegreich behauptet. Der Imperialismus erwies sich als unfähig, den Sozialismus dort, wo er durch die Spalterpolitik der Pekinger Führer geschwächt ist, von der südöstlichen Peripherie her aufzurollen. Die Positionen des sozialistischen Weltsystems konnten auch in Südostasien nicht zurückgerollt werden. Dieses Ergebnis verleiht den nationalen und sozialen Befreiungsrevolutionen der vom Imperialismus abhängigen Völker neue

Impulse. Die Geschichte hat die marxistisch-leninistische These der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Juni 1969 bestätigt: Ein Volk, das fest um seine revolutionäre Partei geschart standhaft kämpft und sich auf die Hilfe der UdSSR, der sozialistischen Länder und aller friedliebenden Kräfte stützt, ist unbesiegbar.

Die Verhandlungen, die Genosse L. I. Breshnew mit Nixon im Mai 1972 in Moskau geführt hat, haben wesentliche Voraussetzungen für die Abkommen über die Beendigung des Krieges in Vietnam und Laos geschaffen.

Die konstruktive Friedenspolitik der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder Asiens, der Abschluß der Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam, das Abkommen von Vientiane über den Frieden in Laos, die friedliche Regelung der Konflikte zwischen Indien, Pakistan und Bangladesh, der Freundschaftsvertrag zwischen der Sowjetunion und Indien, der Ausbau der Beziehungen der friedlichen Koexistenz der UdSSR zu Iran und Afghanistan – das sind Bausteine für die kollektive Sicherheit in Asien. Die Sowjetunion unternimmt große Anstrengungen, um mit Japan zu einer breiten ökonomischen Zusammenarbeit und zu einer Friedensregelung zu gelangen, damit diese ökonomisch zweitstärkste kapitalistische Macht aktiv am Prozeß der internationalen Entspannung und der Entwicklung der Politik der friedlichen Koexistenz teilnimmt. Ein auf internationale Sicherheit orientierter Kurs Tokios würde einen Rückfall in den für Japan und den Weltfrieden so verhängnisvollen Kurs auf imperialistische Expansion und Hegemonie verhindern, dem gewisse Kreise des japanischen Imperialismus noch immer beziehungsweise schon wieder anhängen und auf den alle jene spekulieren, denen ein kollektives Sicherheitssystem in Asien einen dicken Strich durch ihre speziellen Vorherrschaftsziele machen würde.

Genossinnen und Genossen!

Die beeindruckende Bilanz sozialistischer Friedenspolitik ge-

stattet uns, die Schlußfolgerung zu ziehen, daß wichtige Ziele der abgestimmten Außenpolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft in langjährigem angestrengtem Kampf gegen den Imperialismus in der internationalen Arena durchgesetzt worden sind. Eine große Anzahl von Aufgaben, die in den Programmen und Dokumenten der kommunistischen und Arbeiterparteien enthalten sind, wichtige Zielsetzungen des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages der KPdSU und des VIII. Parteitages der SED sind nun verwirklicht.

Die Bedeutung der eingeleiteten Wende in der Weltpolitik

Die Bedeutung dieser eingeleiteten Wende gilt es vor allem in zweierlei Hinsicht zu werten:

Erstens in der Bedeutung für den Weltfrieden: In der Erklärung der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien vom Jahre 1957 wurde aufgrund des damaligen internationalen Kräfteverhältnisses nachgewiesen, daß ein neuer Weltkrieg nicht schicksalhaft ist, sondern daß die reale Möglichkeit seiner Vermeidung besteht. Heute, nachdem sich das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Imperialismus, insbesondere seit dem XXIII. und XXIV. Parteitag der KPdSU, beschleunigter zugunsten des Sozialismus verändert hat, können wir sagen: Aus der Möglichkeit ist eine fast dreißigjährige Realität geworden.

Ferner: Durch die erwähnten Akommen zwischen der Sowjetunion und den USA über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges, durch die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen wurde die Gefahr eines nuklearen Weltkrieges nicht nur vermieden, sondern zum erstenmal verringert.

Und was das Wichtigste ist: Im Zuge der Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen zwischen sozialistischen und imperialistischen Ländern, im Zuge

unserer Offensive für Sicherheit in Europa und in Asien sowie mit den bereits erreichten und mit den vom XXIV. Parteitag der KPdSU vorgesehenen weiteren Schritten zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind heute realere Grundlagen als je zuvor zur Herbeiführung einer lang andauernden Friedensperiode geschaffen worden. Und das entspricht zweifelsohne dem Lebensinteresse aller Völker!

Die Bedeutung der eingeleiteten Wende besteht **zweitens** darin: Die Wandlungen auf der Weltbühne haben nicht nur außenpolitische Bedeutung und betreffen nicht nur die Sphäre der zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie haben vor allem Bedeutung für den internationalen Klassenkampf, für den revolutionären Weltprozeß.

Betrachten wir das Wesen der Veränderungen in der internationalen Arena, so können wir mit Fug und Recht sagen: Es handelt sich nicht nur – so wichtig dies natürlich ist – um eine Fixierung von Grenzen und von Vereinbarungen, die zwischenstaatlichen Beziehungen nach den Grundsätzen des Gewaltverzichts, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen, der souveränen Gleichheit der Staaten usw. zu gestalten. Es handelt sich um etwas viel Bedeutsameres, nämlich darum, daß alle diese Akte, Verträge und Abkommen die von der Welt des Sozialismus und den revolutionären Kräften gewonnenen Positionen festigen. In Europa gilt das für die vertragliche Absicherung der historischen Siege, die der Sozialismus hier im Ergebnis des zweiten Weltkrieges und danach errungen hat. In Asien, vor allem in Südostasien, geht es darum, den Fortschritt des Sozialismus auch in diesem Raum zu festigen und zugleich den Schutz der Positionen zu gewährleisten, die die Bewegungen für die Unabhängigkeit und Befreiung der Völker erreicht haben.

Die Friedensverhandlungen zur Regelung des Nahostkonfliktes, die jetzt in Genf begonnen haben, zielen darauf ab, den bestehenden Kriegsherd vollständig zu beseitigen. Aber sie sollen auch die Errungenschaften der nationalen Befreiungsbewegung sichern und dazu beitragen, daß die nationalrevolutionären

Regimes in den arabischen Ländern erhalten werden können und das arabische Volk von Palästina endlich sein Leben in Unabhängigkeit und Demokratie zu gestalten vermag.

Diese Auswirkungen und Folgen der Entspannung bedeuten, daß nicht nur neue Möglichkeiten für die Herbeiführung eines dauerhaften Friedens, sondern neue, günstigere Perspektiven für den weiteren Vormarsch der revolutionären Kräfte in ihrem Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus geschaffen werden.

Die kommunistischen und Arbeiterparteien der kapitalistischen Länder Europas stellen daher in ihrer Brüsseler Erklärung vom Januar zu Recht fest, daß die erzielte Entspannung wesentlich bessere Bedingungen für die sozialen und nationalen Befreiungskämpfe schafft. Sowohl ihren Quellen als auch ihrem Wesen und ihren Ergebnissen nach ist die Entspannung nicht nur eine außenpolitische, sondern auch eine sozial-politische Erscheinung, eine neue wichtige Etappe in der Entwicklung des weltweiten revolutionären Klassenkampfes.

Wenn in den verflossenen 29 Jahren solch kolossale Veränderungen auf unserem Planeten erfolgten, wie die Entstehung, die Ausdehnung und das Erstarken des sozialistischen Weltsystems, der Zusammenbruch des Kolonialsystems, der Aufschwung der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung, das Anwachsen der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, die Einschränkung der Machtsphäre des Imperialismus, was wird dann erst im Ergebnis weiterer 25 bis 30 Jahre Weltfrieden im Interesse der Völker, im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts möglich sein? Der Kapitalismus, der schon einen Sputnik-Schock erlebte, wird noch viel drastischere Beweise der Überlegenheit des Weltsozialismus erleben, je mehr die UdSSR auf der Bahn des kommunistischen Aufbaus vorankommt. Die Politik der friedlichen Koexistenz ist also Klassenpolitik, revolutionäre Politik, wie dies Genosse Erich Honecker auf dem 9. Plenum des Zentralkomitees der SED dargelegt hat. Also entspricht unsere Strategie, einen dauerhaften Frieden zu ge-

währleisten, sowohl dem Interesse der friedliebenden Menschen als auch der Strategie der internationalen kommunistischen Bewegung: den Sieg der Revolution, den Sieg des Sozialismus auf der ganzen Erde in historisch kurzer Frist bei möglichst geringen Verlusten für die Arbeiterklasse und die Volksmassen zu erringen. Und dies erfordert in erster Linie die Vermeidung und die Minderung der Gefahr eines nuklearen Krieges und zu diesem Zwecke die möglichst universelle und effektive Verwirklichung von Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung.

Zugleich muß noch sehr viel geleistet werden, um das Erreichte zu festigen und die Friedensoffensive fortzusetzen und auszubauen. Der Gang der Ereignisse in der internationalen Arena bleibt insgesamt widerspruchsvoll. Denn der Imperialismus versucht, zu Gegenangriffen überzugehen.

Die Dialektik des Kampfes um die friedliche Koexistenz

Genossen!

Auch in Zukunft bleibt der Kampf um die vollständige Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz äußerst hart, kompliziert und kein glatter Vormarsch. Das hängt mit der Natur des Imperialismus zusammen, der sein Wesen nicht verändert hat. Aber der Imperialismus ist schwächer geworden.

Die Außenpolitik des Imperialismus wird durch **zwei Tendenzen** gekennzeichnet: **Die erste** ist die der Anpassung an das neue Kräfteverhältnis, der Zwang, bestimmte Schritte in Richtung der friedlichen Koexistenz tun zu müssen. Der Imperialismus ist zur Anpassung gezwungen, weil er nicht im nuklearen Inferno untergehen will. Doch der Imperialismus findet sich niemals mit der historischen Defensive ab. Auf die Offensive der Kräfte des

Sozialismus und des Friedens antwortet er mit wütender Gegenwehr.

Daraus folgt: Die Gefahr eines Weltkrieges wurde verringert; die Wende zur Entspannung ist eingeleitet, aber der Weltfrieden ist noch nicht gesichert.

Die zweite Tendenz, die der Aggression, der Reaktion, des Faschismus und Neofaschismus, bleibt bestehen und tritt besonders dort hervor, wo die antiimperialistischen Kräfte von den Kriegstreibern – zu Recht (zum Beispiel in Chile) oder zu Unrecht (zum Beispiel in Vietnam) – für schwach und für uneinig gehalten werden. Auf die Friedensoffensive des Sozialismus, die die weltpolitische Wende bewirkt, antworten die aggressivsten Kreise des Monopolkapitals mit dem Gegenangriff in Chile und mehreren anderen Ländern Lateinamerikas. Sie schüren den Konflikt im Nahen Osten, sie sabotieren die Friedensregelung in Vietnam, sie verzögerten die Sicherheitskonferenz in Genf. Schwierige Auseinandersetzungen sind auch auf der Wiener Konferenz über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen im Gange. Die sozialistischen Staaten gehen von den bereits in den ersten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen zur Begrenzung strategischer Waffen erprobten Prinzipien der gleichen Sicherheit für die Verhandlungspartner und der Nichtveränderung des militärischen Kräfteverhältnisses aus. Die sozialistischen Staaten schlagen in Wien vor, daß die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen alle beteiligten Staaten sowie auch die gefährlichsten Waffen, die Kernwaffen und die Luftwaffe, betrifft. Die Delegationen der NATO-Staaten dagegen wollen die Kernwaffen und die Luftstreitkräfte ausnehmen und einseitig nur der Reduzierung der Streitkräfte der USA und der UdSSR und dabei in ungleich höherem Maße jener der UdSSR zustimmen. Die NATO-Staaten trachten also danach, einseitige Vorteile gegenüber den Staaten des Warschauer Vertrages zu erlangen und damit das militärische Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu ändern. Das ist keine seriöse und realistische Verhandlungsbasis.

Zur Gegenattacke des Imperialismus gehört auch der ver-

stärkte Antikommunismus. Dem gewaltigen Anwachsen der internationalen Autorität der Sowjetunion, insbesondere nach dem XXIV. Parteitag der KPdSU, trachtet die Großbourgeoisie mit zügellosen, von den imperialistischen Diversionszentralen einheitlich gelenkten antisowjetischen Kampagnen entgegenzuwirken. Zugleich wähnen sie, damit von ihren blutigen Verbrechen in Indochina, in den okkupierten arabischen Territorien, vom faschistischen Massenterror in Chile, vom Watergate-Skandal und nicht zuletzt von der jähen Zuspitzung aller Krisenerscheinungen des Kapitalismus abzulenken.

Verstärkter Kampf gegen das Wettrüsten

All dies mahnt ständig zur Wachsamkeit und erfordert neue beharrliche Anstrengungen des politischen Massenkampfes und in der Außenpolitik. Es gilt den Massen klarzumachen, daß auch unter den Bedingungen der internationalen Entspannung jener Prozeß seinen Fortgang nimmt und sich sogar intensiviert, den man die materielle Kriegsvorbereitung nennt. Verhängnisvoll ist die Tatsache, daß die NATO-Länder seit der Gründung dieser Allianz 1500 Milliarden Dollar für die forcierte Aufrüstung ausgegeben haben. Die Rüstungsaufwendungen werden weiterhin aufgebläht. Die Militärbudgets der NATO wachsen jährlich um zwei bis drei Milliarden Dollar, und hinter diesen Zahlen stehen ja immer neue Typen von Vernichtungsmitteln. Die qualitative Vervollkommnung der Waffen hat einen beispiellosen Umfang erreicht. Dies gilt auch für den Imperialismus der BRD.

Das jüngst veröffentlichte „Weißbuch" des Bonner Verteidigungsministeriums orientiert eindeutig auf eine verstärkte Aufrüstung der Bundeswehr. Den militärpolitischen Sinn dieses Konzepts brachte der sozialdemokratische Verteidigungsminister der BRD, Leber, mit dem Satz zum Ausdruck, das Spiel mit der Politik der Stärke sei noch nicht vorbei.

Im Jahre 1974 werden nach offiziellen Angaben für die weitere Modernisierung der Bewaffnung, für die „Umstrukturierung“ und für die intensivere Ausbildung der Bundeswehr 29,5 Milliarden DM bereitgestellt. Das sind 10 Milliarden mehr als 1969, dem Zeitpunkt des Amtsantritts der Brandt/Scheel-Regierung. Das ist eine Steigerung der Rüstungsausgaben in vier Jahren um 55 Prozent. Diese Tatsache spricht für sich.

Das Wettrüsten wird fortgesetzt, und damit bleibt die materielle Basis einer militärischen Konfrontation erhalten. Es bleibt die Gefahr von Provokationen, die die internationale Atmosphäre bis aufs äußerste verschärfen können.

Deshalb ist es notwendig, die politische Entspannung durch die militärische zu ergänzen. Daher die Anstrengungen der UdSSR, der sozialistischen Gemeinschaft, auf dem Wege der Rüstungsbegrenzung und -einschränkung sowie der Abrüstung voranzukommen. Dafür hat der XXIV. Parteitag der KPdSU ein zusammenhängendes und folgerichtiges System von wirksamen Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehören solche Ziele wie der Verzicht auf Gewaltanwendung und auf Androhung von Gewaltanwendung, die Gewährleistung der kollektiven Sicherheit, das Verbot unterirdischer Kernwaffenerprobungen, das Verbot der Kern-, chemischen und bakteriologischen Waffen und die Kernwaffenabrüstung, die Liquidierung der ausländischen Militärbasen sowie Reduzierung der Streitkräfte und der Rüstung in Gebieten, in denen militärische Konfrontationen besonders gefährlich sind. All dies sind Maßnahmen, die die Wahrscheinlichkeit eines zufälligen Entstehens oder der absichtlichen Herbeiführung von militärischen Zwischenfällen vermindern.

In diesem Zusammenhang richten sich die Anstrengungen der Länder der sozialistischen Gemeinschaft auf:

- die Verhandlungen um eine qualitative und langfristige Begrenzung strategischer Rüstungen zwischen der UdSSR und den USA;
- die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa;

– den Kampf für die zehnprozentige Minderung der Rüstungsbudgets der ständigen Mitgliedsländer des Sicherheitsrates der UNO;
– eine erfolgreiche Tätigkeit des in Genf tagenden Abrüstungsausschusses der UNO;
– die Einberufung einer Weltabrüstungskoferenz.

Zum Nahen Osten

Genossen!

Gestattet im Zusammenhang mit dem Gegenangriff des Imperialismus gegen die Entspannung einige Ausführungen zum Nahen Osten. Der Verlauf der Ereignisse zeigt bei all ihrer Kompliziertheit die Richtigkeit der Linie der UdSSR und der gesamten sozialistischen Gemeinschaft, die auf die Herbeiführung der Lösung der Grundfragen des Nahostkonfliktes entsprechend den gerechten Interessen der arabischen Staaten und den Interessen der sozialistischen Staaten gerichtet ist. Es gilt, stets allen Bürgern mit Nachdruck klarzumachen, was auch der gesamte Verlauf des Konfliktes im Nahen Osten, insbesondere seit 1967, unwiderlegbar beweist: Die entscheidende Ursache des Konfliktes, von Spannungen und Krieg, ist die fortgesetzte Politik der Aggression und Okkupation Israels gegenüber den arabischen Staaten und dessen hartnäckige Weigerung, die Beschlüsse des Sicherheitsrates vom November 1967 und vom November 1973 über den Abzug aus allen okkupierten arabischen Gebieten und die Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina zu erfüllen.

Der 4. israelisch-arabische Krieg hat gezeigt, daß Israel nicht militärisch siegen kann. Dank der militärischen Hilfe der UdSSR war 1973 eine wesentlich höhere Kampfkraft der arabischen Armeen sichtbar geworden. Die sowjetischen Waffen, die sowjetische Ausbildung tragen ihre Früchte. Sie befähigten die von der

gerechten Idee der Befreiung ihrer okkupierten Heimatgebiete beseelten syrischen und ägyptischen Truppen zu hoher Kampfmoral und beachtlichen militärischen Anfangserfolgen. Der Aggressor erlitt zum ersten Male sehr schwere Verluste an Menschen und Material. Der Nimbus der israelischen Unbesiegbarkeit zerstob im Feuer der überlegenen sowjetischen Waffen. Diese historische Tatsache kann auch durch die von gewisser Seite betriebenen nachträglichen antisowjetischen Verunglimpfungsversuche nicht aus der Erfahrung der kämpfenden arabischen Völker getilgt werden.

Die Positionen Israels haben sich nicht nur auf den Schlachtfeldern verschlechtert. Die außenpolitische Isolierung Tel Avivs ist durch die freche Verletzung der Sicherheitsratsresolution über die Feuereinstellung in außerordentlichem Umfang gewachsen. Das zeigen einerseits die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates. Das zeigt der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel durch 31 afrikanische Staaten sowie durch Japan. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß die vom Nahost-Erdöl abhängigen neun Staaten der EWG in einer gemeinsamen Entschließung zum erstenmal die Resolutionen des UNO-Sicherheitsrates 242 und 338 unterstützten.

Offensichtlich ist auch die scharfe Zuspitzung der ökonomischen, aller innenpolitischen Schwierigkeiten in Israel, was auch ihren Ausdruck in den von der KP Israels geführten Kämpfen der Werktätigen sowie in den Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Kreise und in der Regierungskrise findet.

Erneut ergriff die Sowjetunion die Initiative zu energischen und konstruktiven Schritten für die Verhinderung der internationalen Ausweitung des Kriegsherdes und zu dessen Beilegung gemäß dem Völkerrecht und den gerechten Zielen der arabischen Staaten.

Zur politischen Lösung des jüngsten militärischen Konfliktes wurde im Ergebnis der Verhandlungen des Genossen Breshnew mit Kissinger schließlich die Annahme der Resolution 338 des Sicherheitsrates der UNO erreicht, die auf die sofortige

Feuereinstellung, das aktive Eingreifen der UNO zugunsten des Auseinanderrückens der Truppen und – was das Entscheidende ist – auf die volle Verwirklichung des Abzuges der Okkupanten, die Wiederherstellung der Rechte des arabischen Volkes von Palästina und eine dauerhafte Friedensregelung durch eine Friedenskonferenz der beteiligten Staaten unter maßgeblicher Verantwortung der UdSSR und der USA gerichtet ist.

Die Nahostkonferenz in Genf

Im Lichte dieser Lage muß der Beginn der Nahostkonferenz in Genf als ein sehr wichtiger Fakt gewertet werden. Der sowjetische Außenminister, Genosse Gromyko, hat in seiner programmatischen Rede in der Eröffnungssitzung der Konferenz mit aller Klarheit die prinzipiellen Positionen der Sowjetunion und aller Bruderstaaten aufgezeigt und konkrete Wege für ein weiteres Vorankommen auf dem Wege der endgültigen und dauerhaften Befriedung der Lage im Nahen Osten gewiesen. Die Politik der Sowjetunion im Nahen Osten ist im Gegensatz zu der der USA und aller anderen imperialistischen Staaten allein von den Interessen der Sicherung des Weltfriedens sowie der konsequenten Unterstützung der gerechten Forderungen der arabischen Völker diktiert. Die UdSSR wünscht, daß die arabischen Völker politisch, ökonomisch und sozial Herren ihrer eigenen Geschicke und Nutznießer ihrer nationalen Reichtümer werden. Die Sowjetunion als sozialistischer Staat ist der natürliche Freund, der beste, stärkste und uneigennützigste Verbündete der freiheitliebenden Völker des arabischen Raumes.

Im diametralen Gegensatz dazu verfolgen die Machthaber der USA in der Sache der nationalen Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts der arabischen Staaten zutiefst feindliche Bestrebungen. Einmal trachten sie nach der direkten beziehungsweise indirekten Herrschaft über das arabische Öl; deswegen und aus allgemeinen imperialistischen Klassenzielen sind sie an

der Unterdrückung der arabischen Befreiungsbewegung und der Verwandlung der arabischen Staaten in von den USA hörige Satellitenregimes interessiert. Und nicht zuletzt haben sie die alten strategischen Pläne des Weltimperialismus, vom Süden her gegen die Sowjetunion, gegen die sozialistische Gemeinschaft militärische Aggressionsbasen aufzubauen, trotz aller geschichtlichen Niederlagen noch nicht abgeschrieben.

Da die USA angesichts des realen Kräfteverhältnisses jedoch keine Ausweitung des Nahostkrieges zu einem allgemeinen Krieg riskieren können, sind sie bestrebt, aus den erwähnten militärstrategischen, klassenmäßigen und Erdölinteressen ihre politischen Positionen in den arabischen Staaten, die durch den Oktoberkrieg zunächst arg beeinträchtigt wurden, wieder zu festigen. Nachdem weder 1967 noch 1973 mit Hilfe der israelischen Aggression und Okkupation die progressiven arabischen Regimes gestürzt werden konnten, ändern die herrschenden Kreise der USA – durch die Wirkung sowjetischer Waffen und die Tapferkeit arabischer Soldaten etwas nüchterner geworden – ihre Taktik der Expansion im Nahen Osten. Nach der Methode „Teile und herrsche" wollen sie Israel weiterhin als aggressive Speerspitze der USA erhalten und zugleich die nationalrevolutionären Regimes in den arabischen Staaten von innen her unterminieren und den Kurs der Führungen auf eine kapitalistische Restauration lenken.

Nachdem die Pläne von Blitzkriegen und Blitzsiegen gescheitert sind, betätigt sich Mr. Kissinger als Blitzreisender.

Das Zusammenspiel der imperialistischen Kreise der USA mit den rechten Kräften innerhalb von Führungen arabischer Staaten ist die eine Seite. Das ist gefährlich. Doch die gerechten nationalen Befreiungsziele der arabischen Völker gegen den imperialistischen Okkupanten geben dem Nahostkonflikt das entscheidende Gepräge. Deshalb sind und bleiben die entscheidende Hilfe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten, die wachsenden politischen Erfahrungen der arabischen Völker und ihre – wenn auch sehr widerspruchsvoll

– sich aktivierende Aktionseinheit gegen den Imperialismus die langfristigen, für die Sache des Friedens und des Fortschritts im Nahen Osten wirkenden Faktoren.

Die Positionen der arabischen Staaten wurden und werden aber geschwächt durch folgende Faktoren:

- durch die antisowjetische, antisozialistische Haltung rechter reaktionärer Kräfte innerhalb einiger arabischer Staaten, die sich auf die USA und die EWG-Staaten orientieren;
- durch die Differenzen zwischen den arabischen Staaten, die zu Beginn des Oktoberkrieges infolge einer sich stärker als zuvor manifestierenden Solidarität zunächst gemindert, jedoch durch separate politische und militärische Aktionen einiger Regierungen verstärkt aufgeflammt sind.

Konsequente Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrates

Das am 18. Januar 1974 am Kilometer 101 unterzeichnete Abkommen über das Auseinanderrücken der Truppen Ägyptens und Israels ist dann von positiver Bedeutung, wenn ihm eine konsequente Regelung im Nahen Osten auf der Grundlage der vollständigen Realisierung der Beschlüsse des Sicherheitsrates 242 und 338 folgt.

Auf diesen entscheidenden Zusammenhang orientieren die sowjetisch-ägyptischen Kommuniqués, die im Ergebnis des Besuches des ägyptischen Außenministers Fahmi in Moskau und vor allem nach den Gesprächen des Genossen Gromyko mit Präsident Sadat in Kairo herausgegeben worden sind. Das von Kissinger inspirierte und vermittelte ägyptisch-israelische Abkommen über das Auseinanderrücken der Truppen wurde leider separat, ohne die anderen von der israelischen Aggression betroffenen Staaten abgeschlossen. Es enthält keine bindende Festlegung für Israel, nach der Feuereinstellung und dem Auseinanderrücken unverzüglich auch die entscheidenden

Punkte der Resolution Nr. 338, nämlich den vollständigen Abzug der Okkupanten und die Wiederherstellung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, in die Wege zu leiten. Und schließlich entstand – wie viele arabische Politiker und Presseorgane selbst erklärt haben – der Eindruck, durch separate Verhandlungen mit den USA und Israel Sonderregelungen ohne die anderen von Israel angegriffenen Staaten, ohne die Sowjetunion und damit unter Lahmlegung der Genfer Friedenskonferenz erreichen zu wollen. Das ist angesichts der klaren Haltung der Sowjetunion – wie die erwähnten Kommuniqués zeigen – sowie infolge der Position der syrischen Führung mißlungen. Jetzt kommt alles darauf an, die Genfer Friedenskonferenz, an der der mächtige Freund der Araber, die Sowjetunion, maßgeblich teilnimmt, zur Realisierung der Resolution des Sicherheitsrates und für die Herbeiführung einer stabilen Friedensregelung zu aktivieren.

Genossen, wir müssen die Lage im Nahen Osten nüchtern beurteilen.

Die nationalrevolutionäre Bewegung besitzt gewaltige fortschrittliche Tendenzen. Die nationalrevolutionäre, nichtkapitalistische und schließlich sozialistische Entwicklung in diesen Staaten ist ein langer, sehr komplizierter Prozeß, der wesentlich vom Erstarken der Arbeiterklasse, von der Reife und der Kraft der marxistisch-leninistischen Parteien und ihres festen Bündnisses mit allen nationalrevolutionären Kräften bestimmt wird. Einige Bruderparteien sind noch schwach, andere halblegal oder illegal. In Ägypten existiert keine kommunistische Partei.

Der national- und sozial-revolutionäre Befreiungsprozeß verläuft daher sehr widerspruchsvoll und in einzelnen Ländern zur Zeit nach rechts.

Was ist jedoch die Hauptsache:

1. einen Weltkrieg zu vermeiden, indem der Konfliktherd im Nahen Osten durch politische Regelung liquidiert wird;
2. dazu gehört, dem Imperialismus weder zu gestatten, den Nahen Osten zum Aufmarschgebiet der NATO an ihrer sogenannten

Südflanke gegen den Sozialismus noch zum Friedhof der arabischen Befreiungsbewegung zu machen;

3. auf lange Sicht so zu arbeiten, daß
   a) der weitere Vormarsch der nationalrevolutionären Befreiungsbewegung gesichert wird, und
   b) die Positionen und der Einfluß der sozialistischen Gemeinschaft gefestigt werden.

Chile

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einige Fragen eingehen, die die Ereignisse in Chile betreffen. Alle Welt sieht, daß sich in Chile nach dem Sturz der Unidad Popular ganz offen ein terroristisches, faschistisches Regime etabliert hat.

Es ist gewiß in erster Linie Sache der chilenischen Genossen selbst, die Ursachen der Niederlage der Revolution in Chile gründlich zu analysieren. Die Kommunisten und Sozialisten Chiles erarbeiten eine solche Analyse. Sie zogen Schlußfolgerungen für die unmittelbar nächsten Aufgaben des Kampfes gegen die faschistische Junta und sind bestrebt, dafür die breitestmögliche Einigung aller Gegner der Militärdiktatur herbeizuführen.

Die Vorgänge in Chile betreffen jedoch alle Revolutionäre. Sie werfen viele Fragen der Strategie und Taktik auf, sie bedürfen gründlicher und kollektiver Überlegungen seitens der kommunistischen und Arbeiterparteien, zumal von verschiedener Seite und aus verschiedenen Motiven bereits versucht wird, die Politik der Einheit zu diffamieren, alle chilenischen Erfahrungen als untauglich abzuwerten und die allgemeinen Leitsätze der internationalen kommunistischen Bewegung in Zweifel zu ziehen.

Doch das Erste und Wichtigste ist und bleibt die Solidarität für Chiles freiheitsliebendes Volk!

Gegenwärtig kann man zu den ersten vorläufigen Lehren, die wir ziehen können, folgendes sagen: Wenn sich im Rußland des Jahres 1917 der revolutionäre Prozeß nur einige Monate in friedlichen Formen entwickelte, so liegt in Chile die dreijährige Erfahrung einer solchen Entwicklung vor, die – das muß betont werden – wichtige sozial-ökonomische Umgestaltungen zugunsten der Werktätigen bewirkte. Diese Entwicklung wurde gewaltsam unterbrochen.

Nicht die Revolution, sondern die Konterrevolution vollzog den offenen und schamlosen Bruch mit der Demokratie und trat sie schonungslos in den Staub.

Daraus ergibt sich die erste Schlußfolgerung, die lediglich eine Gesetzmäßigkeit bestätigt, die sich in der Geschichte des Klassenkampfes mehr als einmal geäußert hat: Jedesmal, wenn sich für die Klasseninteressen der Großbourgeoisie eine reale Gefahr ergibt, wirft sie ihre keineswegs unbedeutenden Ressourcen, darunter speziell auch ihre Verbindungen mit dem internationalen Kapital, in die Waagschale, schreckt vor keinem Verbrechen, vor keiner Heimtücke zurück, um den revolutionären Prozeß aufzuhalten und zu vereiteln.

Das Großkapital und seine militärischen Schergen greifen zu den extremsten, terroristischsten, unmenschlichsten Exzessen, um die demokratischen Kräfte, vor allem deren Vorhut, die Parteien und Gewerkschaften der Arbeiterklasse, zu unterdrücken und zu zerschmettern.

Folglich erinnern die Vorgänge in Chile erneut daran, wie überaus wichtig die Fähigkeit der marxistisch-leninistischen Partei ist, die revolutionären Errungenschaften zu verteidigen, wie notwendig die Bereitschaft, die Kampfformen – die friedlichen und nichtfriedlichen – rasch zu wechseln, wie entscheidend die Kraft, die reaktionäre, gegen die bürgerlich-demokratische Verfassung und die demokratischen Errungenschaften gerichtete Gewalt der Großbourgeoisie mit revolutionärer Gewalt zum

Schutze der Verfassung sowie der revolutionär-demokratischen Fortschritte und Ziele zu beantworten.

Damit ist die Hauptlehre der Ereignisse verbunden. Sie betrifft die Rolle des Staates, der Streitkräfte, der Repressivorgane.

Die Grundfrage der Revolution, so lehrten Marx und Lenin, ist die Frage der Macht. Lenin hat nachgewiesen, daß die revolutionäre Arbeiterklasse und ihre Verbündeten den alten bürgerlichen Staatsapparat zerbrechen, grundlegend „ummodeln" müssen, um die Ausbeuterklassen zu entmachten und niederzuhalten und um den Weg des Sozialismus zu beschreiten. Bei einer friedlichen Entwicklung der Revolution gewinnt die Umgestaltung des alten Staatsapparates eine enorme Bedeutung, ist dieser doch nicht mit einem Schlag zerbrochen worden, wie es in der Sowjetunion während der Oktoberrevolution der Fall war.

Die drei Jahre Regierung der Unidad Popular besagen: Die Kommunisten und Sozialisten waren wohl in der Regierung, aber hatten nicht die Staatsmacht fest in der Hand. Das zeigte sich in den, wie Lenin lehrt, entscheidenden Organen der Staatsmacht, der Armee, der Polizei, der Justiz und in den wirtschaftlichen Leitungsorganen. Und hinzu kommt heutzutage die Beherrschung der Massenmedien.

Und noch ein Moment von beträchtlicher Wichtigkeit ist zu unterstreichen. Die internationale Reaktion bedient sich weitgehend ihrer weitverzweigten Geheimdienste, um die revolutionären Bemühungen der Arbeiterklasse und ihrer Parteien zu vereiteln und militärfaschistische Putsche zu organisieren. Der chilenische Geheimdienst lag in den Händen der konterrevolutionären Generale. Die Revolutionäre müssen lernen, diesen Aktivitäten des Klassenfeindes wirksam entgegenzutreten.

Die chilenische Tragödie widerlegt keineswegs – wie hier und dort behauptet wird – die von der internationalen kommunistischen Bewegung formulierte These von der Möglichkeit des friedlichen Übergangs zum Sozialismus. Sie lehrt vielmehr: Ein friedlicher Weg ist möglich, wenn die dank der richtigen Politik der marxistisch-leninistischen Partei konsequent und einig

kämpfende Arbeiterklasse im Bunde mit den Bauern und allen anderen antimonopolistischen, antioligarchischen Kräften die entscheidenden Positionen und Machtmittel (Armee, Polizei, Justiz, wirtschaftliche Leitung, Verkehrswesen, Massenmedien usw.) beherrscht und über ihre eigenen Kampforganisationen zum Schutze der Arbeiterklasse und der Demokratie verfügt.

Auch folgendes Moment ist von grundsätzlicher Bedeutung. Vor den Augen der ganzen Welt ist bewiesen worden, daß auf der Grundlage der gültigen Verfassung ein von proletarischen Parteien geführter und von marxistisch-leninistischen Ideen beseelter Linksblock an die Macht kommen kann. Erwiesen ist die reale Möglichkeit, die Mittelschichten, ja selbst die nichtmonopolistische Bourgeoisie für die Linkskräfte zu gewinnen. Es ist der antikommunistischen Propaganda ihr wichtigster Trumpf aus der Hand geschlagen worden: die Behauptung, die moderne Revolution sei mit der Demokratie unvereinbar.

Die Erfahrungen der Revolution besagen, daß sie sich erfolgreich entwickeln kann, wenn die ständige Festigung der Positionen der Staatsgewalt, die Untermauerung und Konsolidierung ihrer sozialen Basis gewährleistet werden. Das aber hängt entscheidend von der Politik der revolutionären Avantgarde, vor allem von der Wirtschafts- und Bündnispolitik ab.

Sind einmal grundlegende politische Erfolge erzielt, so wird die Wirtschaft – das ist eine weitere Lehre – zum wichtigsten Feld des Kampfes für den Sieg der Revolution. Der Leninsche Leitsatz von der Politik als konzentrierter Ökonomie gewinnt hier tatsächlich lebenswichtige Bedeutung. Das Problem, in der Übergangsperiode eine richtige Wirtschaftspolitik auszuarbeiten und konsequent durchzuführen, die Formen und das Tempo der ökonomischen Umgestaltungen zu bestimmen, gewinnt noch größere Bedeutung, da die Bourgeoisie die Wirtschaftsblockade, die Schaffung von Wirtschaftsschwierigkeiten und die Sabotage der Produktion zu einem ihrer wichtigsten Kampfmittel macht.

Die Reaktion setzt unverkennbar auf die Wankelmütigkeit, Halbheit und Doppelnatur des Kleinbürgertums und der mittle-

ren Schichten. Es gelang ihr in Chile in erheblichem Umfange, diese von der Arbeiterklasse loszureißen und sie ihr entgegenzustellen. Daher ist es wichtig, beharrlich und allseitig mit den mittleren Schichten zu arbeiten und den Einfluß der Arbeiterklasse auf sie zu sichern.

Hieran schließt sich ein anderes wichtiges Problem an, dessen Bedeutung durch die Ereignisse in Chile erneut hervorgehoben wurde. Der Klassengegner nutzt aktiv die Tätigkeit linksradikalistisch-abenteuerlicher Kräfte aus, die eine objektiv provokatorische Rolle spielen, besonders unter Bedingungen einer friedlichen Entwicklung der Revolution. Deshalb ist eines der wichtigsten Probleme, das vor den Kommunisten steht, entschlossen gegen den falschen Kurs und gegen das Vorgehen dieser Kräfte zu kämpfen und zugleich unter ihnen zu arbeiten und ihren revolutionären Enthusiasmus in die richtige Bahn zu leiten. Das erfordert besondere Beachtung der Arbeit unter der Jugend, die Fähigkeit, sie anzusprechen und für die marxistische Partei zu gewinnen.

Zwei Tendenzen des Imperialismus – Realpolitik und Aggression

Genossen!

Die Friedensoffensive der sozialistischen Staaten und aller fortschrittlichen Kräfte und der Gegenangriff der imperialistischen Mächte zeigen deutlich die Dialektik des Kampfes um friedliche Koexistenz. Sie offenbaren das ständige Wirken der zwei dem Imperialismus innewohnenden Tendenzen.

Welche Tendenz im Imperialismus ist die stärkere?

Die der Realpolitik oder die der Aggression?

Beide Tendenzen sind im ständigen Kampf miteinander und wirken tagtäglich auf die imperialistischen Regierungen und deren Repräsentanten ein.

Einige Beispiele:

Als Präsident Nixon 1972 die Reise nach Moskau vorbereitete, taten führende Kreise in Washington alles, um die kommenden Verhandlungen von „der Position der Stärke“ aus zu führen. Es kam zu den eilfertigen Reisen nach Peking, um mit der Mao-Führung in einigen Fragen eine bestimmte Verständigung einzuleiten, wofür zweifellos die Ausnutzung der sowjetfeindlichen Politik Pekings ein ausschlaggebendes Motiv darstellt. Die Regierung der USA ließ die Häfen der DR Vietnam verminen. Doch die Führung der UdSSR ließ sich weder einschüchtern noch zur Absage der von ihr im Interesse des Weltfriedens und des Weltsozialismus seit geraumer Zeit konsultativ vorbereiteten Verhandlungen provozieren, was zu einer Verschärfung der internationalen Spannungen geführt haben würde. Und das Resultat? Präsident Nixon mußte in Moskau die Prinzipien der friedlichen Koexistenz unterschreiben und den von der UdSSR entwickelten Ideen für die Verhandlungen eines künftigen Friedensabkommens mit der Führung der Demokratischen Republik Vietnam zustimmen. Die Moskauer Verhandlungen dienten dem Weltfrieden. Es wurde nicht nur die Aufhebung der schändlichen Blockade der Häfen der DRV, sondern schließlich das Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges in Vietnam vorbereitet. Die Haupttendenz, der Zwang zur Anpassung, war stärker.

Ein anderes Beispiel:

Im Oktober 1972 paraphierten Genosse Le Duc Tho und Mr. Kissinger das Pariser Abkommen für Vietnam; im November/Dezember erfolgte dann die grausamste Eskalation des USA-Bombenkrieges. Doch auch dieser Erpressungsversuch mit Bomben vermochte nicht, Vietnam in die Knie zu zwingen und das bereits erzielte Abkommen wesentlich zu ändern. Die Weltempörung gegen den Aggressor schlug noch höher. Im Januar 1973 mußte der damalige USA-Außenminister Rogers in Paris das Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens endgültig unterschreiben. Die Hauptten-

denz, der Zwang der Anpassung an das reale Kräfteverhältnis, war stärker.

Noch ein Beispiel:

Im Nahen Osten führten die von den USA begünstigte Fortdauer der Okkupation arabischen Territoriums durch Israel und dessen zynische Sabotage aller Beschlüsse der UNO schließlich zum Oktoberkrieg. Es kam zu äußerst dramatischen und gefährlichen Bedrohungen für den Weltfrieden. Die USA lieferten dem Aggressor fortgesetzt Waffen. Präsident Nixon löste im Geiste der längst gescheiterten Politik von „der Position der Stärke" den berüchtigten Alarm für alle USA-Streitkräfte aus. Das war ein gefährliches Spiel, zur Einschüchterung der Weltöffentlichkeit und auch als innenpolitische Kraftdemonstration gedacht.

Doch die Führung der UdSSR blieb fest und besonnen. Sie durchschaute das Spiel und ließ sich weder erpressen noch provozieren. Die kurze, aber kräftige Erklärung von TASS hat warnend und ernüchternd für Hitzköpfe gewirkt. Der Alarm Nixons alarmierte das Weltgewissen, beunruhigte die Verbündeten der USA und fiel außen- und innenpolitisch wie ein Bumerang auf das Weiße Haus zurück. Die Politik der Sowjetunion erzwang den Waffenstillstand und die Genfer Friedenskonferenz. Die Haupttendenz erwies sich wiederum als stärker.

Die Dialektik des Kampfes für friedliche Koexistenz lehrt also: Die Verträge, Abkommen, die in Verwirklichung des Friedensprogramms des XXIV. Parteitages und des Friedenskonzepts des VIII. Parteitages zustande kamen, sind ausgezeichnet und äußerst wichtig.

Doch es gilt, täglich aufs neue die in diesen Verträgen und Dokumenten vereinbarten Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch hohe militärische Verteidigungsbereitschaft, durch den angestrengten Kampf der sozialistischen Außenpolitik und durch den Massenkampf der Völker Zug um Zug durchzusetzen. Die Haupttendenz erwies sich als stärker, weil vor allem die Sowjetunion und die sozialistische Gemeinschaft in immer schnellerem Tempo erstarken, weil unsere Gemeinschaft militä-

risch und außenpolitisch koordiniert handelt, weil die drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit immer organisierter, immer machtvoller handeln. Das zeigten die X. Weltfestspiele in Berlin, der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau, der Weltgewerkschaftskongreß in Varna, die Konferenz von 76 nichtpaktgebundenen Staaten in Algier. Das zeigen vor allem aber insbesondere die weltumspannenden Solidaritätsbewegungen für Vietnam und für Chile. Um das Erreichte zu festigen, die Entspannung unumkehrbar zu machen und auszudehnen, ist eine noch größere politische Mobilisierung, ein noch breiterer Zusammenschluß aller antiimperialistischen Kräfte der Welt erforderlich. Die weltpolitische Rolle der gesellschaftlichen Bewegungen für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus nimmt nicht ab, sondern erst recht zu.

Auch hier gilt es, die Dialektik zu sehen: Auf das Anwachsen der Aktionseinheit der Arbeiterklasse und des Zusammenschlusses der linken und demokratischen Kräfte antwortet die Großbourgeoisie mit der Stärkung der faschistischen, neofaschistischen Kräfte und mit der Schürung von gefährlichen Komplotten seitens reaktionärer Armeeführungen. Das gilt nicht nur für Chile, Uruguay, Brasilien, Bolivien und Griechenland; das gilt auch für die Länder, in denen der staatsmonopolistische Kapitalismus seine Herrschaft gegenwärtig hinter einer bürgerlich-demokratischen, parlamentarischen Fassade tarnt.

Um so größer wird die Verantwortung der kommunistischen und Arbeiterparteien und aller anderen demokratischen Organisationen und Bewegungen: Sie müssen einen solchen grundlegenden Wandel im Bewußtsein der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung der kapitalistischen Länder herbeiführen, damit in keiner, sei es auch noch so brisanten Situation, nicht einmal bei einer militärischen Krise, das eintreten kann, was am Vorabend und während des zweiten Weltkrieges geschah, als es dem Faschismus gelang, die Werktätigen durch soziale Demagogie und direkten Druck mit Chauvinismus und Rassismus zu benebeln, ihnen Waffen in die Hand zu drücken und in eine bewaffnete

Aggression gegen den sozialistischen Staat zu führen. Gerade in diesem Lichte gilt es, die wegweisende Rede des Genossen Breshnew auf dem Weltkongreß der Friedenskräfte einzuschätzen und zur breitesten Mobilisierung der Völker auszuwerten.

II. Der weitere Vormarsch des Sozialismus

Genossen!

Die Klassenauseinandersetzungen auf dem internationalen Schauplatz erfassen immer breitere Sphären des Lebens. Dabei gewinnen die Fragen des ideologischen Kampfes fortwährend an Raum. Was ist die Ursache? Das ist die wachsende Rolle der Volksmassen in der Weltentwicklung und insbesondere in den internationalen Beziehungen. Woraus resultiert wiederum diese wachsende Rolle der Volksmassen in der Weltpolitik?

In erster Linie wirken die Erfolge des real existierenden Sozialismus als stärkste Triebkraft für die zunehmende Bewußtheit und Organisiertheit der Volksmassen in den kapitalistischen und in den Entwicklungsländern.

Der internationale Einfluß des real existierenden Sozialismus hat sich gerade seit dem XXIII. und XXIV. Parteitag der KPdSU in beschleunigtem Tempo erhöht.

In keinem Jahr seit dem Ende des zweiten Weltkrieges tritt der Gegensatz zwischen der stabilen, kontinuierlichen Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Länder und der labilen, von Krisen geschüttelten kapitalistischen Welt so kraß und so offensichtlich zutage wie in diesem Jahre 1974. Der Sozialismus setzt seinen Vormarsch zuversichtlich fort und verstärkt seinen Einfluß in der Welt. Immer mehr wird sichtbar: Nur der Sozialismus ist die einzig richtige Hauptstraße des sozialen Fortschritts! Angesichts

der scharfen Zuspitzung der Krise des Kapitalismus erweisen sich immer deutlicher die Überlegenheit und Stabilität der sozialistischen Ordnung, die Richtigkeit unseres Weges, die Stärke der brüderlichen Einheit der kommunistischen und Arbeiterparteien auf dem Boden des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus.

Für die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zählt natürlich, daß alle Länder der sozialistischen Gemeinschaft erstarken und rasch vorankommen. Doch die ausschlaggebende Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft – das ist die Sowjetunion mit ihrem dynamischen Wachstum, ihrem riesigen Potential, ihren wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Erfolgen, dem wachsenden Wohlstand ihrer Bürger, ihren sozialen, kulturellen und anderen Errungenschaften, der Stärke und Überlegenheit ihrer Verteidigungsmacht. Die Zunahme der Macht der UdSSR hat sich insbesondere in der Zeit seit dem XXIII. und dem XXIV. Parteitag der KPdSU beschleunigt.

Mit Befriedigung konnte Genosse Breshnew in seiner Neujahrsansprache feststellen, daß die Sowjetunion 1973 auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und kulturellen Aufbaus neue Erfolge erzielte. Die industrielle Bruttoproduktion nahm um 7,2 Prozent zu, obwohl der Plan nur 4,8 Prozent vorsah. Wenn man bedenkt, daß 1972 eine Naturkatastrophe herrschte und 70 bis 80 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Sowjetunion von der Dürre betroffen waren, so kann man ermessen, was es bedeutet, daß die UdSSR 1973 eine Ernte von Getreide, Baumwolle und einigen anderen Kulturen einbrachte wie nie zuvor.

Konsequent wird der Wohlstand des Sowjetvolkes erhöht, wie dies der XXIV. Parteitag der KPdSU forderte. Das Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung ist 1973 um 4,5 Prozent gestiegen. 23 Millionen Menschen erhalten mehr Rente, Stipendien und Beihilfen. 1973 wurden insgesamt 108,4 Millionen Quadratmeter Wohnraum gebaut; über elf Millionen Bürger konnten ihre Wohnverhältnisse verbessern. Das sind wahrhaft beeindruckende Erfolge.

Die Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft, die sich im Rahmen des Warschauer Vertrages und des RGW fest um die Sowjetunion zusammengeschlossen haben, bilden den Kern des sozialistischen Weltsystems. Sie sind der politisch stabilste, der wirtschaftlich dynamischste, der sozial fortschrittlichste und der militärisch stärkste Staatenbereich der gesamten Welt.

Der Anteil der Staaten des RGW an der industriellen Weltproduktion erhöhte sich von 18 Prozent im Jahre 1950 auf 34 Prozent im Jahre 1973. Im gleichen Zeitraum sank der Anteil der kapitalistischen Industrieländer an der Weltindustrieproduktion von 75 Prozent auf 54 Prozent. Daß die RGW-Länder die dynamischste Industrieregion der Welt sind, geht auch aus folgendem Vergleich hervor: Von 1950 bis 1973 stieg das Nationaleinkommen der RGW-Staaten auf 570 Prozent, die Industrieproduktion auf 840 Prozent. Das Nationaleinkommen der entwickelten kapitalistischen Länder stieg in diesem Zeitraum auf 280 Prozent, deren Industrieproduktion auf 300 Prozent.

Die RGW-Staaten produzieren mit einem Zehntel der Weltbevölkerung und rund 18 Prozent des Territoriums der Erde etwa 25 Prozent des Nationaleinkommens der Welt. 8,3 Prozent Steigerung der Industrieproduktion – das ist die jährliche Durchschnittsziffer der RGW-Staaten in den Jahren von 1960 bis 1973. Solch hohes und beständiges Entwicklungstempo der Industrieproduktion hat kein kapitalistisches Land der Welt aufzuweisen. Dabei ging in Europa, dem Hauptfeld der ökonomischen Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus, ein direkter Wechsel der ökonomischen Positionen vor sich: Der Anteil der RGW-Länder an der Industrieproduktion stieg von 40 auf 60 Prozent, der der kapitalistischen Länder sank von 60 auf 40 Prozent.

Mit dem Beschluß der XXV. Ratstagung des RGW im Jahre 1971 über das Komplexprogramm der sozialistischen ökonomischen Integration wurde ein neuer Abschnitt eingeleitet, der das weitere Zusammenwachsen unserer Staatengemeinschaft, die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Bruderstaaten in den

wichtigsten Bereichen des sozialistischen Aufbaus auf eine qualitativ höhere Stufe hebt. Dabei darf niemals unterschätzt oder gar vergessen werden: Die sozialistische ökonomische Integration ist keine Aufgabe, die nur unter dem Gesichtspunkt der ökonomischen Ziele verstanden werden darf. Sie ist eine prinzipielle politische Aufgabe, ein objektives Erfordernis des Wirkens der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus.

Selbstverständlich beginnen wir mit der Integration der sozialistischen Wirtschaften nicht am Nullpunkt. Im Verlaufe von zweieinhalb Jahrzehnten wurden bedeutende Fortschritte bei der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne, der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion sowohl bilateral als auch im Rahmen des RGW erzielt. Es hat sich eine stabile Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern herausgebildet.

Doch das genügt nicht mehr. Die für alle Länder unserer Gemeinschaft gültige Hauptaufgabe und der Wettbewerb mit dem Kapitalismus verlangen einen höheren Grad der Verflechtung der nationalen Wirtschaften. Dazu hat die XXVII. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, die im Juni 1973 in Prag stattfand, die Wege gewiesen.

Es geht darum, daß allen Mitgliedern des RGW die erforderlichen außenwirtschaftlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der Volkswirtschaft in einem hohen und stabilen Tempo gesichert werden. Es geht um die Durchsetzung der progressiven Formen der internationalen Konzentration der Produktion, um die Bildung gemeinsamer Wirtschaftsvereinigungen und Forschungsorganisationen, um die Herausbildung großer zweiggebundener und zwischenzweiglicher produktionstechnischer Komplexe, die nach gemeinsamen Programmen arbeiten. Das ist eine herangereifte Aufgabe, weil die Mehrheit der RGW-Länder relativ gleichzeitig zur Intensivierung der Wirtschaft übergehen und die wissenschaftlich-technische Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus verbinden muß.

Besonders bedeutsam für den weiteren Fortgang der Integration sind die neuen Beschlüsse auf dem Gebiet der Planung und Zusammenarbeit, besonders der Beginn einer längerfristigen gemeinsamen Planung entscheidender Prozesse. Die weitere Verflechtung der Volkswirtschaften erfordert eine höhere Qualität der gesamten Planungsarbeit, sowohl der Volkswirtschaftspläne im Innern unserer Länder als auch der einer gemeinsamen Planung entscheidender Integrationsprozesse. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Festlegung der XXVII. RGW-Tagung in Prag, einen Fünfjahrplan der mehrseitigen Integrationsmaßnahmen auszuarbeiten, welcher wiederum seinen Niederschlag in den Fünfjahrplänen der beteiligten Länder findet, von historischer Bedeutung. Diese Übereinkunft erhöht die Rolle der Planungszusammenarbeit und der Planungsorgane im RGW überhaupt, insbesondere des RGW-Komitees für Planung.

Für die sozialistische ökonomische Integration gewinnt immer mehr das im RGW entstandene eigene internationale Währungssystem an Bedeutung. Der transferable Rubel als kollektive sozialistische Währung sowie das seit zehn Jahren bestehende multilaterale Verrechnungssystem durch die Internationale Bank für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, das auf dem transferablen Rubel beruht, haben ihre Bewährungsprobe bestanden. Dadurch haben sich zwischen den RGW-Ländern in fundamentalem Unterschied zur Lage zwischen den kapitalistischen Ländern stabile Valuta- und Finanzbeziehungen gemäß dem Prinzip der Gleichberechtigung entwickelt. Es wurde praktisch bewiesen, und es wird weiter daran gearbeitet, daß der transferable Rubel in der Lage ist, alle Hauptfunktionen eines internationalen Geldes, nämlich Maß der Werte, Zahlungsmittel, Akkumulationsmittel, zu erfüllen.

Für die DDR ist die Mitgliedschaft im RGW eine Lebensfrage. Ohne die UdSSR, ohne die Mitgliedschaft im RGW hätte die DDR dem jahrelangen Wirtschaftskrieg der imperialistischen Staaten, den Maßnahmen des Boykotts und dem Embargo nicht standhalten können. Dank der Sowjetunion, dank dem RGW ist die DDR

in ihrer ökonomischen Entwicklung weitgehend gegenüber den Krisen und Anschlägen der kapitalistischen Welt gesichert. Die DDR hat 1973 einen Außenhandelsumsatz mit RGW-Ländern von rund 35 Milliarden Valuta-Mark getätigt. Das sind rund zwei Drittel des gesamten Außenhandelsumsatzes der DDR. Zugleich sind die Länder des RGW ein krisenfreies und sich ständig entwickelndes zuverlässiges Absatzgebiet für die DDR. Der Export von Maschinen und Ausrüstungen der DDR in die RGW-Länder wird sich von 90 Millionen Rubel im Jahre 1950 bis Ende dieses Jahres auf rund drei Milliarden Rubel erhöhen. Andererseits importiert die DDR den größten Teil der entscheidenden Brenn- und Rohstoffe sowie wichtige Maschinen, Ausrüstungen, Lebensmittel, Getreide, Obst aus der UdSSR und den anderen Bruderstaaten.

Es sollte deshalb ein wichtiges Anliegen jedes Propagandisten sein, allen Werktätigen unserer Republik bewußt zu machen, daß die DDR ohne die sozialistische ökonomische Integration weder bei der Erfüllung der Hauptaufgabe noch bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Erhöhung der Effektivität ihre Ziele erreichen könnte. Bedenkt man nur die von der 9. Tagung des Zentralkomitees für die Zeit bis 1990 gegebene Orientierung, gegenüber 1970 die Arbeitsproduktivität auf 350 Prozent zu erhöhen, so bedeutet das für die Industrie, daß die Produktionsmenge, die im Jahre 1970 von sieben Beschäftigten hergestellt wurde, im Jahre 1975 von fünf und im Jahre 1990 gar nur von zwei Beschäftigten erzeugt wird. Daran wird deutlich, welch tiefgehenden Einfluß die sozialistische ökonomische Integration auf unsere gesamte Entwicklung nehmen wird, die – um mit den Worten des Genossen Erich Honecker zu sprechen – auch der DDR den „Zugang zu den wirklich großen Aufgaben und Früchten der wissenschaftlich-technischen Revolution eröffnet".

Vom internationalen Wachstum und Einfluß des RGW zeugen weiter folgende Tatsachen:

Ein bedeutendes Ereignis der XXVI. Ratstagung des RGW war die Aufnahme Kubas als Mitglied. Nunmehr erstreckt sich unsere

sozialistische Wirtschaftsgemeinschaft bereits über drei Kontinente.

Seit der gleichen Ratstagung nimmt Jugoslawien nicht mehr als Beobachter, sondern in einer organisierten Form an der Arbeit des RGW teil. Die Regierungen der Demokratischen Republik Vietnam und der Volksdemokratischen Republik Jemen haben eine bestimmte Form der Zusammenarbeit mit dem RGW beantragt. Am 16. Mai 1973 wurde ein Abkommen über die Zusammenarbeit des RGW mit Finnland unterzeichnet.

In letzter Zeit bekunden Irak, Algerien, Indien Interesse an einer engeren Zusammenarbeit mit dem RGW.

Die Dynamik, die qualitativen Fortschritte des RGW erhöhen seine internationale Anziehungskraft und damit den immer stärker werdenden Einfluß der sich entwickelnden sozialistischen Weltwirtschaft auf den Kampf und den Wettbewerb zwischen den zwei Weltsystemen und auf das internationale Kräfteverhältnis. Die Gemeinschaft der RGW-Länder, die jetzt ein Vierteljahrhundert besteht, schreitet fest voran, um zu dem in wirtschaftlicher Hinsicht mächtigsten Raum der Welt zu werden. Dazu sind gewiß weiterhin große gemeinsame Anstrengungen und energische Maßnahmen erforderlich.

Dabei ist jedoch die allseitige Entwicklung der sozialen, humanistischen Werte des Sozialismus und seiner historischen Vorzüge gegenüber dem Kapitalismus eine der wichtigsten Richtungen im Wettstreit der beiden entgegengesetzten gesellschaftlichen Systeme.

Der Sozialismus wetteifert keineswegs mit dem Kapitalismus hinsichtlich der Kennziffern, die die Spezifik der kapitalistischen Profitwirtschaft, ihre parasitäre Lebensweise, ihre historische Beschränktheit, ihre Fäulnis widerspiegeln. Dafür spielen beim Vergleich zwischen Sozialismus und Kapitalismus solche Fragen eine immer größere Rolle wie die soziale Gerechtigkeit, die Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen, die Möglichkeiten für eine allseitige geistige Entwicklung, die Brechung des Bildungsprivilegs und

die wissenschaftlich-moralische Qualität der Bildung, die ärztliche Versorgung, der Schutz der Arbeitskraft, die Umwelt usw.

Besondere Beachtung verdient ein Vergleich der Grundtendenzen, die die Stellung der werktätigen Massen im Sozialismus und im Kapitalismus kennzeichnen: die ständige Erweiterung der sozialistischen Demokratie, die Bereicherung ihres Inhalts, die immer stärkere Einbeziehung der Massen in die wirkliche Leitung und Organisation der gesellschaftlichen und staatlichen Angelegenheiten im Sozialismus und die zunehmende Offensive gegen die demokratischen Rechte und die Manipulation der Volksmassen im Kapitalismus; die ständige Hebung des materiellen Wohlstandes und die Zukunftsgewißheit auf unserer Seite, der sinkende Lebensstandard, die wachsende Not und die Furcht vor dem kommenden Tag auf der anderen. Täglich liefert das Leben neue überzeugende Beweise: Der Sozialismus befreit die Völker von sozialer Ausbeutung, politischer Unterdrückung, rassischer Diskriminierung und nationaler Knechtschaft. Er bahnt den Weg zur Verwirklichung der lichten Ideale der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und des Friedens. Der Imperialismus dagegen ist und bleibt das System der Ausbeutung und der Ausrottung des Menschen durch den Menschen.

Kampf gegen Imperialismus bedingt Kampf gegen Maoismus

Das Erstarken und den Zusammenschluß der sozialistischen Staatengemeinschaft vermag auch die schädliche und verwerfliche Rolle, die die Pekinger Führer in der internationalen Arena spielen, nicht aufzuhalten, wenngleich wir nicht übersehen, daß es sich dabei um eine sehr gefährliche Verschwörung gegen den Sozialismus und die internationale Sicherheit handelt. Heute kann man diese Politik nicht mehr nur als eine Abweichung vom Marxismus-Leninismus, als Radikalismus, als politische Kin-

derkrankheit betrachten. Die Haltung der Pekinger Führer in allen grundlegenden politischen Fragen beweist: Die Ideologie und Politik des Maoismus – das ist der vollständige Bruch mit dem Marxismus-Leninismus.

Diese Haltung wird von extremem Chauvinismus und Antisowjetismus geprägt und ist ein störendes Element für die Entspannung und den revolutionären Fortschritt in der Welt. Die Theorie und Politik der chinesischen Führer richtet sich ganz offen gegen die Interessen aller sozialistischen Länder und der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, gegen die gesamte kommunistische Weltbewegung und gegen den nationalrevolutionären Befreiungskampf der Völker. Im außenpolitischen Kurs Pekings wurde ein weiterer Rechtsruck vollzogen. Dies zeigt sich einmal an dem diplomatischen Flirt und Zusammenspiel zwischen Peking und Washington. Dies zeigt sich weiterhin in der beharrlichen Annäherung der Pekinger Führer an die westeuropäischen Staaten der NATO und der EWG, die sie vor allem im Kampf gegen die von der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten betriebene Politik für europäische Sicherheit auszunutzen gedenken. Ganz unverhüllt haben sich die Pekinger Führer und ihre Propagandisten in den letzten Monaten wiederholt für die Stärkung der NATO und der EWG, für den engen Zusammenschluß des kapitalistischen Westeuropas gegen konstruktive Ergebnisse der Konferenz für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit ausgesprochen. Es gibt Meldungen über die Bildung einer diplomatischen Vertretung Pekings bei der EWG und über das Bestreben, Mitglied der sogenannten Weltbank und des Internationalen Währungsfonds zu werden, das heißt zweier von den imperialistischen Mächten beherrschter internationaler Gremien.

Es vollzieht sich gerade in der letzten Zeit eine verstärkte diplomatische Aktivität Pekings gegenüber der BRD, Großbritanniens und Frankreichs. In diesem Zusammenhang wurde von führender chinesischer Seite wiederholt erklärt, daß es noch „eine deutsche Nation“ gäbe, eine „Wiedervereinigung später

gesetzmäßig" sei und ein „Friedensvertrag mit Deutschland" noch ausstehe.

Das, Genossen, ist die diplomatische Unterstützung der neorevanchistischen Thesen der Regierung der BRD von der sogenannten Einheit der Nation, von „zwei Staaten in Deutschland" und ihrem Schwindel von der Notwendigkeit eines Friedensvertrages. Durch den Verrat am Marxismus-Leninismus sind die Maoisten im Lager der Feinde der Arbeiterklasse, der Feinde der ganzen friedliebenden Menschheit gelandet.

Ist China noch ein sozialistisches Land?

Diese Frage wird verständlicherweise manchmal gestellt. Wir schreiben China als sozialistisches Land nicht ab. Nach dem Siege der von den Werktätigen der Welt als bedeutungs- und verheißungsvoll begrüßten und unterstützten chinesischen Volksrevolution im Jahre 1949 wurde bis zum VIII. Parteitag der KP Chinas im Jahre 1956 erfolgreich an der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus gearbeitet. Und dieser VIII. Parteitag legte ein marxistisch-leninistisches Programm für den weiteren Aufbau des Sozialismus in China fest.

In der Folgezeit hat sich jedoch immer mehr und immer verhängnisvoller der großmachtchauvinistische, antileninistische Kurs Mao Tse-tungs und der von ihm beeinflußten Führungsgruppe durchgesetzt und zur fortschreitenden Entstellung und zur direkten Preisgabe der vom VIII. Parteitag beschlossenen Linie des sozialistischen Aufbaus geführt. Die Welt wurde Zeuge der tragischen Resultate der immer unverhüllteren Abkehr vom Marxismus-Leninismus und vom proletarischen Internationalismus für die Innen- und Außenpolitik Chinas und für den Schaden, der der Sache des Sozialismus und des antiimperialistischen Kampfes dadurch zugefügt wurde.

Jawohl, in China wurden die entscheidenden Produktionsmittel vergesellschaftet, und in den Jahren bis 1956 wurden wichtige

Schritte zur Errichtung des Sozialismus auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens getan. Doch was nützt es, wenn die ökonomische Basis vergesellschaftet ist, jedoch der Überbau seinen sozialistischen Charakter verloren hat? Die Diktatur des Proletariats ist Herrschaft der Arbeiterklasse, verwirklicht durch die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei, die Festigung und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Staatsmacht, die Entwicklung der sozialistischen Planwirtschaft, der sozialistischen Demokratie, der ständigen Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den Bauern und anderen werktätigen Schichten, die sozialistische Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur, die Politik des sozialistischen Internationalismus, das heißt des aktiven Kampfes für die Einheit der um die UdSSR zusammengeschlossenen sozialistischen Staatengemeinschaft. Die Herrschaft der Mao-Gruppe hat all dies zunichte gemacht. Die Mao-Partei hat die ruhmvollen revolutionären Traditionen der großen Kommunistischen Partei Chinas verraten. Die Mao-Partei ist keine marxistisch-leninistische Partei. In China herrscht heute keine sozialistische Staatsmacht, sondern eine militärisch-bürokratische Diktatur. Die Entartung und Entstellung des Überbaus zur militärisch-bürokratischen Diktatur wirken sich – wie viele Tatsachen beweisen – äußerst nachteilig auf die sozialistische Gesellschaft aus. Entscheidende Errungenschaften des Sozialismus wurden und werden aufgegeben und werden gar nicht mehr erstrebt.

Volkschina ist ein Land, das auf dem Weg des Sozialismus erste wichtige Schritte vorwärts getan hatte und in dem leider seit mehr als 15 Jahren die Errungenschaften des Sozialismus im Inneren verlorengehen und dessen Führer seit 1960 eine zunehmend offen antisowjetische, gegen die Interessen des Sozialismus, der kommunistischen Weltbewegung und der antiimperialistischen Einheitsfront der Völker gerichtete, dem Imperialismus Vorschub leistende Außenpolitik betreiben.

Das alles ist eine große Gefahr für das chinesische Volk, für den Frieden und den gesellschaftlichen Fortschritt in der Welt.

Doch es existieren objektive Faktoren, die langfristig für eine Rückkehr zum Aufbau des Sozialismus in China und für eine Wiederherstellung der sozialistischen Beziehungen zu den Bruderländern und der Bande der Freundschaft zwischen den Völkern unserer Gemeinschaft und dem chinesischen Volk wirken. Das sind das mit der Industrialisierung Chinas verbundene Anwachsen und das allmähliche Erstarken der Arbeiterklasse. Die Pekinger Führer wollen den Marxismus-Leninismus ausrotten. Aber um die wissenschaftliche Theorie der Arbeiterklasse auszurotten, müßten die Maoisten die Arbeiterklasse selbst ausrotten. An dieser Aufgabe sind schon viele „Marx- und Lenin-Töter" elendiglich gescheitert. Objektive Faktoren sind die trotz allem wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen, die zwar längere Zeit, aber nicht ständig auf einem sehr niedrigen Niveau der Befriedigung gehalten werden können. Das sind ferner die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution mit ihren Anforderungen an die Erhöhung des Bildungsniveaus der Werktätigen sowie an ein hohes Niveau der gesamtgesellschaftlichen Leitung und Planung. Die durch die maoistische Politik sich beständig verschärfenden inneren Widersprüche auf allen gesellschaftlichen Gebieten, zu denen das Scheitern der Außenpolitik der Pekinger Führer kommt, werden zweifelsohne immer wieder und immer stärker aufbrechen. Die innere Labilität des maoistischen Regimes ist dafür charakteristisch. Mit der vom X. Parteitag der KP Chinas proklamierten „Gesetzmäßigkeit" neuer „Kulturrevolutionen" werden die zunehmenden Widersprüche nicht nur nicht überwunden, sondern auf die Dauer nur außerordentlich gesteigert. Die Labilität der Mao-Herrschaft zeigt sich in den permanenten Machtkämpfen innerhalb der Führung, die nach der Liquidierung von Liu Shaoqi und dann von Lin Biao erneut weitergehen. Die inneren und äußeren Widersprüche werden schließlich doch zur Lösung drängen. Wir unterschätzen die Gefahr des Einflusses der Mao-Ideologie mit ihrem Antisowjetismus, die Verhetzung der Jugend keineswegs. Doch erstens gibt es natürlich auch heute

noch Chinesen, die sich der Befreiungstaten und der brüderlichen Hilfe der Sowjetunion sowie der Lehren von Marx, Engels und Lenin erinnern. Zweitens werden schließlich die welthistorischen Fortschritte der UdSSR, der gesamten sozialistischen Gemeinschaft sowie die Erfolge der kommunistischen Weltbewegung wie schwere Kugeln jene chinesische Mauer der Unwissenheit und nationalistisch-antisowjetischen Verblendung zum Einsturz bringen, mit der die Mao-Führung dem großen chinesischen Volk den Blick für die Wahrheit des Sozialismus und den tatsächlichen Gang der Weltpolitik heute noch verdunkelt.

Wir schätzen die Gefahren und den Schaden der Ideologie und Praxis des Maoismus sehr ernst ein. Wir halten es für unsere Pflicht, allen antiimperialistischen Kräften klarzumachen: Wer gegen den Imperialismus kämpft, muß auch gegen den Maoismus kämpfen.

Dennoch sind heute die Kräfte des Weltsozialismus so stark und schreiten in solch beschleunigtem Tempo voran, daß der Hauptinhalt unserer Epoche – der weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus – sich, wenn auch nach komplizierten Auseinandersetzungen und schweren Prüfungen für Chinas Volk, auch in China nicht mehr rückgängig machen läßt, sondern schließlich und endlich triumphieren wird. Deshalb ist und bleibt der feste Kurs unserer Gemeinschaft darauf gerichtet, einerseits den Maoismus zu zerschlagen und andererseits Volkschina als sozialistisches Land zu erhalten und seinen Weg zum treuen und großen Mitglied der sozialistischen Völkerfamilie zu erleichtern.

III. Lage und Strategie des Imperialismus

Während der Sozialismus erfolgreich voranschreitet, wird die Lage des Imperialismus seit Beginn der 70er Jahre von einer neuen Phase der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems gekennzeichnet. Diese Krise nimmt sowohl hinsichtlich der Maßstäbe als auch der Schärfe der Auseinandersetzungen Dimensionen an, wie sie bisher in der gesamten Ära des Imperialismus ohne Beispiel sind.

Was ist typisch für diese neue Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus? Worin äußert sie sich?

- Es ist dies die Krise der ökonomischen Basis des Imperialismus, eine Krise, die den Rahmen der zyklischen Aufschwünge und Depressionen überschreitet und sich einerseits in einer unüberwindlichen und immer hektischeren Inflation äußert und andererseits in der Währungskrise, die vor allem in der Labilität und im Zusammenbruch der Währungen der Mehrzahl der kapitalistischen Länder zum Ausdruck kommt.
- Es ist dies die Krise des gesamten Systems der Beziehungen zwischen dem Imperialismus und der „dritten Welt", seiner früheren Kolonialperipherie und unbegrenzten Herrschaftssphäre.
- Es ist dies die Krise in den Beziehungen zwischen den heutigen Hauptzentren des imperialistischen Lagers: den USA, den Ländern Westeuropas und Japan.

- Es ist dies die Energiekrise, die wahrhaft dramatische Ausmaße angenommen hat.
- Es ist dies die ökologische oder Umweltkrise, der akute Konflikt mit der natürlichen Umwelt infolge der an ihr betriebenen Ausplünderung und des Raubbaus durch den Imperialismus.
- Es ist dies die Krise des gesamten außenpolitischen Kurses des Imperialismus, die ihn zwingt, viele außen- und militärpolitische Doktrinen über Bord zu werfen, welche auf eine bewaffnete Unterdrückung des Sozialismus berechnet waren („roll back", Truman-Doktrin, Johnson-Doktrin, Hallstein- und Scheel-Doktrin).
- Und schließlich ist es die politische, ideologische und moralische Krise der „inneren Front" des Kapitalismus, die sich innerhalb seiner Hochburgen abspielt.

Betrachten wir zunächst die Zuspitzung der Krise der ökonomischen Basis des Imperialismus.

In mehreren wichtigen kapitalistischen Ländern häufen sich die Merkmale einer zyklischen Krise. Die Spezifik dieser Entwicklung besteht darin, daß diese Erscheinungsformen der zyklischen Krise sich immer mehr mit den Merkmalen der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus verflechten. Deshalb gestaltet sich der Konjunkturverlauf äußerst widerspruchsvoll. Obwohl zum Beispiel in der BRD im Jahre 1973 die Industrieproduktion zwischen acht und zehn Prozent anstieg, blieben viele Krisenzeichen erhalten und verstärkten sich im zweiten Halbjahr 1973 zusehends. Ähnlich war es in anderen imperialistischen Ländern. Im zweiten Halbjahr 1973 zeichnete sich im wirtschaftlichen Wachstumstempo der kapitalistischen Welt eine rückläufige Tendenz ab. Die Monopolpresse der USA bezeichnet die Wirtschaftslage im I. Quartal 1974 als „Rezession".

Im Einklang damit wuchs in den entwickelten kapitalistischen Ländern von 1969 bis 1972 die Zahl der Arbeitslosen von sechs auf neun Millionen; für 1974 erwarten namhafte bürgerliche Ökonomen eine Verdoppelung.

Wie in einem Prisma widerspiegelt sich die weitere Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus besonders drastisch in dem unaufhaltsamen Anwachsen der Inflation und in der immer stärkeren Zerrüttung des gesamten kapitalistischen Währungssystems. Die permanente und zunehmende Inflation und die offen ausgebrochene Währungskrise sind der sichtbarste Ausdruck dafür, daß das gesamte System des Kapitalismus von einer unheilbaren Krise und vom unaufhaltsamen Niedergang erfaßt ist. Zu den ständigen Hauptthemen der Massenmedien der kapitalistischen Länder zählt die Inflation, die unaufhörlichen Preis-, Steuer- und Mieterhöhungen.

Alle möglichen Rezepte zur Heilung werden angeboten. Kein Rezept hilft, weil keine kapitalistische Regierung die wahren Ursachen der galoppierenden Inflation und der Währungskrise zu nennen wagt, geschweige denn aus der Welt zu schaffen vermag.

In der Inflation und der Währungskrise haben sich viele Widersprüche des Kapitalismus zu einem unlösbaren Knoten geschürzt. Die marxistische Lehre von der politischen Ökonomie des Kapitalismus erbringt den Beweis dafür, daß hauptsächlich **drei Faktoren** die Inflation und die Aushöhlung der kapitalistischen Währungen bewirken:

Erstens: Die wichtigste Ursache ist und bleibt das Wirken des ökonomischen Grundgesetzes des Kapitalismus: die Jagd nach Mehrwert, die Jagd nach Maximalprofit. Die Monopolherren sind bestrebt, durch ständige Preissteigerungen Superprofite zu scheffeln. Das gilt für die Zeit der Hochkonjunktur ebenso wie für die Periode der Depression und der Überproduktionskrise. Sie intensivieren den Produktionsprozeß in solcher Weise, daß beispielsweise in den Konzernbetrieben der BRD heute im Durchschnitt ein Arbeiter von der gesamten Arbeitszeit täglich etwa 1 1/2 Stunden für sich, die gesamte übrige Zeit aber für die Profite und Extraprofite der Monopole schuftet.

Zweitens: Unter den Bedingungen der Verschärfung der Konkurrenz, besonders aber der wissenschaftlich-technischen

Revolution beschleunigt sich zunehmend das Tempo des moralischen Verschleißes der Produktionsmittel, das heißt des fixen Kapitals. Um da mitzukommen, sind die Monopole zu einer riesigen Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Kapitals gezwungen. Dazu benötigen sie enorme Kredite; und dies führt dazu, daß die mit den Monopolen verschmolzene Staatsmacht die Staatsverschuldung durch die kolossale Aufblähung des Geldumlaufes sowie die rücksichtslose Drosselung der Haushalte der Gemeinden, Städte und Kreise erhöht, um den Monopolen billige Kredite zuzuschanzen. Dies führt wiederum zum endlosen Drehen der Steuerschraube und zu Preissteigerungen und zugleich zur Entwertung der Kaufkraft des Geldes.

Drittens. Eine sehr wichtige Ursache für die Inflation und den Verfall der Währungen des Kapitalismus ist das hemmungslose Wettrüsten, die Militarisierung der kapitalistischen Wirtschaft. Die ungeheure Steigerung der Ausgaben für eine geplante Massenvernichtung der Menschen schränkt zwangsläufig die ohnehin geringen Mittel für Bildungs- und Gesundheitswesen, Umweltschutz, für Infrastruktur, für dringendste soziale Bedürfnisse radikal ein. Das Beispiel der stärksten Macht des Imperialismus, der USA, ist dafür besonders charakteristisch. Die riesigen Kosten der USA für den Krieg in Indochina, für die Raketen- und Kernwaffenrüstung, für die Militärstützpunkte in aller Welt, für die Finanzierung der imperialistischen Satellitenregierungen, für die großangelegte internationale Diversion gegen den Sozialismus und die nationalrevolutionäre Befreiungsbewegung haben den Wert des Dollars seit langem ausgezehrt. Die Goldvorräte der USA gingen von 24,6 Milliarden Dollar im Jahre 1949 bis auf 10,5 Milliarden Dollar im Jahre 1971 zurück. Die im ausländischen Besitz befindlichen Dollarvorräte konnten nur noch zu einem Viertel mit Gold gedeckt werden. Im Juni 1971 verkündete Präsident Nixon, daß infolgedessen die früher obligatorische Umwechslung von Dollar in Gold aufgehoben wurde. Das war die Abdankung des Dollars als Leitwährung der kapitalistischen Welt.

Um einem vollständigen Zerfall des kapitalistischen Weltwährungssystems entgegenzuwirken, jagt seitdem eine imperialistische Währungskonferenz die andere, werden Wechselkurse freigegeben und neu festgelegt, Währungen auf- oder abgewertet. Auch die sich häufenden kapitalistischen Währungskonferenzen können nur kurzfristige und beschränkte Abhilfen schaffen. Doch die im kapitalistischen System begründeten Ursachen der permanenten Währungskrise können nicht beseitigt werden.

Inflation und Währungskrisen sind nichts Neues im Kapitalismus. Früher gelang es ihm, sie immer wieder zu überwinden. Doch heute ist das nicht mehr möglich. Inflation und Währungskrise sind chronische Gebrechen des Kapitalismus.

In den letzten Monaten haben sich die Probleme der Erdölversorgung auf die Wirtschaft zahlreicher westeuropäischer Länder und Japans sehr folgenschwer ausgewirkt. Zwangsweise Umstellung der Betriebe auf eine Drei- oder Viertagewoche, beträchtliche Zunahme der Arbeitslosigkeit, Benzinrationierung für Kraftfahrzeuge, wirtschaftliche Notstandsverordnungen der Regierungen, das Versinken größter Städte in Finsternis und einschneidende Restriktionen in der Beheizung der Wohnungen kennzeichnen heute die Lage in vielen Ländern, die sich noch unlängst mit dem Talmiglanz der Hochkonjunktur umgaben.

Die Energiekrise kann als eine Art Knotenpunkt der sozialen und ökonomischen Widersprüche des heutigen Kapitalismus bezeichnet werden. In ihr verflechten sich zu einem Knäuel sowohl die mit der Vertiefung der Gegensätze zwischen dem Imperialismus und der „dritten Welt" verbundenen Erscheinungen als auch die Folgen des unkontrollierten Schaltens und Waltens der Monopole, die auf ihrer Jagd nach Superprofiten den Erdölimport zu Lasten der Entwicklung anderer nationaler Energieressourcen (Kohle, Wasserkraft, usw.) in die Höhe trieben und den unproduktiven Energieverbrauch künstlich anhoben. In der Energiekrise äußern sich die unerhörten Spekulationen der internationalen Erdölmonopole und die Rivalität unter den imperialistischen Staaten.

So bestätigt sich in der Praxis immer wieder die Richtigkeit der Einschätzung des XXIV. Parteitages der KPdSU, daß sich im Kapitalismus drei Hauptzentren der Rivalität gegenüberstehen: die USA, Westeuropa und Japan, zwischen denen der Kampf um die Neuaufteilung der kapitalistischen und – wenn es nach ihnen ginge – der „dritten Welt" in nie gekannten Formen und Ausmaßen entbrennt.

Die Beziehungen zwischen den imperialistischen Staaten werden von **zwei Entwicklungstendenzen** bestimmt:

1. von den Interessen des gemeinsamen Klassenkampfes gegen den Weltsozialismus, gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder selbst.
   Dabei spielt der Kampf gegen den Weltsozialismus und dessen Kern, die um die UdSSR gescharte sozialistische Staatengemeinschaft, als dem Hauptwiderspruch unserer Epoche, für den Imperialismus die entscheidende Rolle;
2. bewirken folgende objektive Faktoren die außerordentliche Verschärfung der Konkurrenz, der Rivalität und der Gegensätze zwischen den führenden imperialistischen Mächten: die dem Monopolkapital innewohnende Jagd nach Maximalprofit, die Verstärkung der Ungleichmäßigkeit zwischen den kapitalistischen Ländern, die kolossale Einschränkung des imperialistischen Herrschaftsbereiches durch die Ausdehnung und das Erstarken des Sozialismus und durch den Zerfall des Kolonialsystems.

Es erhebt sich die Frage: Welche der beiden Tendenzen wird dominieren? Das kann man nicht abstrakt voraussagen. Das hängt von der konkreten Situation ab, die die kommunistischen und Arbeiterparteien stets gründlich analysieren müssen. Ein zeitweiliges gemeinsames Handeln der imperialistischen Mächte gegenüber dem Weltsozialismus muß einkalkuliert werden. Dies zeigt sich zum Beispiel im militärischen Ausbau der NATO und im Auftreten der NATO-Mächte auf den Konferenzen für Sicherheit und für Truppenreduzierung. Auf die Formierung

eines gemeinsamen imperialistischen Weltblocks gegenüber den sozialistischen Staaten zielen auch die Bestrebungen der Führer der USA, eine neue „Atlantik-Charta" zustande zu bringen. Ohne dieses gemeinsame Klasseninteresse des internationalen Monopolkapitals zu unterschätzen, muß jedoch hervorgehoben werden, daß gegenwärtig die enorme Zuspitzung der Gegensätze zwischen den drei imperialistischen Hauptzentren immer mehr hervortritt. Und diese Tatsachen bieten den sozialistischen Ländern, allen fortschrittlichen Kräften der Welt die Möglichkeiten, die Differenzen und Rivalitäten zwischen den kapitalistischen Mächten im Interesse der friedlichen Koexistenz zu nutzen.

Ein Merkmal der neuen Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus ist die Vertiefung des Antagonismus zwischen den imperialistischen Mächten und den Entwicklungsländern. Das zeigt sich mit neuer Stärke im Zusammenhang mit dem Nahostkonflikt. Hier sehen wir verschieden gelagerte Tendenzen.

Einerseits nimmt der Neokolonialismus im Zusammenhang mit der Entwicklung multinationaler monopolkapitalistischer Gesellschaften neue Erscheinungsformen an. Diese internationalen Konzerne fühlen sich nicht nur durch die Rohstoffquellen in die Entwicklungsländer gezogen, sondern in wachsendem Maße durch die dort vorhandenen billigen Arbeitskräfte. Die internationalen Monopole suchen die sich in diesen Ländern vollziehende Industrialisierung in eine von ihnen maßgeblich gelenkte und für sie profitable Produktion von arbeitsintensiven Industrieerzeugnissen zu deformieren und zu degradieren. Die zu diesem Zweck geschaffenen Unternehmen sind ganz den Interessen der Drahtzieher der multinationalen Monopole untergeordnet. Es entwickelt sich eine neue Form der neokolonialistischen Ausbeutung. Das wird beispielsweise mehr und mehr die Hauptform der neokolonialistischen Expansion der Monopole der BRD. Andererseits entwickeln sich Prozesse ganz anderer Natur, die zur Einschränkung und zur Beseitigung der Positionen der größten Monopolgesellschaften des Westens in den Entwicklungsländern und zur Schaffung einer unabhängigen nationalen

Wirtschaft in ihnen führen. Die Entwicklungsländer versetzen hier dem Imperialismus spürbare Schläge. Als Beispiel kann hier namentlich das Vorgehen einiger arabischer Länder wie Irak, Syrien, Libyen dienen, die sich die in den letzten Jahrzehnten entstandene Abhängigkeit der imperialistischen Länder von der Erdöleinfuhr zunutze machen.

Die neue Phase der allgemeinen Krise erfaßt alle Seiten der Politik des Kapitalismus. Sie äußert sich insbesondere im Scheitern der Hoffnungen auf eine dauerhafte sozial-politische Stabilisierung innerhalb der imperialistischen Staaten. Die bürgerliche Demokratie offenbart ihre Begrenztheit und Zersetzung. Wir brauchen nur an den Korruptionsskandal um den früheren Vizepräsidenten der USA, an die Watergate-Affäre und an Dutzende Erscheinungen ähnlicher Art in anderen kapitalistischen Ländern zu erinnern, an die zunehmenden Tendenzen, zu autoritären Regierungsformen überzugehen, an die systematischen Anschläge auf die elementaren demokratischen Rechte, die selbst in Ländern unternommen werden, die sich – wie England – ihrer parlamentarischen Traditionen gerühmt haben.

Ein charakteristisches Merkmal der neuen Phase der allgemeinen Krise ist die zunehmende politische Instabilität der Regierungen der Mehrzahl der kapitalistischen Länder. Über USA-Präsident Nixon hängen wie ein Damoklesschwert die Watergate-Affäre und die Drohung eines Amtsenthebungsverfahrens. Die französische Regierung wurde in immer kürzeren Abständen umgebildet, damit sie wirksamer den Krisenerscheinungen entgegenwirke. In Italien kam es zur 35. Regierungskrise innerhalb der letzten 30 Jahre. Die Neubildung der Regierung nahm mehrere Wochen in Anspruch. Die belgische Regierung trat zurück, und es kam vorzeitig zu Neuwahlen, die jedoch keiner Partei eine stabile Mehrheit brachten. In Großbritannien zwang der Kampf der Volksmassen die konservative Regierung Heath zum Rücktritt und zur Ausschreibung von Neuwahlen. Die neue Labour-Regierung ist eine Minderheitsregierung. Bei den Parlamentswahlen in Schweden konnten die drei bürgerlichen Oppositionsparteien

keine Mehrheit erhalten. Sie erreichten die gleiche Stimmenzahl wie die Sozialdemokraten und die Kommunisten zusammen. Die neue Regierung kann sich also auf keine Mehrheit stützen. In Dänemark fanden vorzeitig Parlamentswahlen statt. Die bisherige sozialdemokratische Regierung wurde durch eine bürgerliche Minderheitsregierung abgelöst. Auch in Österreich fungiert eine Minderheitsregierung. In der Türkei konnte erst nach einer 100tägigen Regierungskrise im Februar eine neue Koalitionsregierung gebildet werden, die jedoch auf äußerst unsicheren Fundamenten steht. Die Massenbasis der Regierung der BRD, das zeigen die Wahlen in Hamburg, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein, ist im Schwinden begriffen.

Die Ideologen des Kapitals schwätzen nun schon nicht mehr so viel wie früher von einer „postindustriellen" oder „technotronischen" Gesellschaft. Sie, die bisher die „Konsumgesellschaft" priesen, predigen jetzt den Konsumverzicht. Sie, die die Lüge von einer ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Rückständigkeit des Sozialismus feilgeboten haben, verkünden jetzt selbst die Theorie des „Null-Wachstums". Es gibt keine wichtige gesellschaftliche Frage unserer Zeit, auf die die entwickelten Länder des Kapitalismus eine Antwort zu geben vermögen.

Fügt man all dem noch die schrecken- und ekelerregenden Tatsachen der Flut der Verbrechen, der Rauschgiftepedemien, der Pornographie hinzu, so tritt die unheilbare Fäulnis des Kapitalismus plastischer denn je zutage. Jawohl: Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist in eine neue Phase eingetreten. Ihr Merkmal besteht darin, daß sie sich unter den Bedingungen der voll herausgebildeten Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus entfaltet. Damit wird das Scheitern der Hoffnungen des Monopolkapitals unübersehbar, durch staatsmonopolistische Regulierungsmaßnahmen mit den Gebrechen der kapitalistischen Ordnung aufräumen zu können.

Die Theorien der Herren Keynes, Brzezinski, Kahn, Galbraith, Raymond Aron, die die staatsmonopolistischen Regulierungsversuche als Allheilmittel gegen die kapitalistischen Krisen geprie-

sen haben, platzen wie Seifenblasen in den rauhen Winden der kapitalistischen Krise. Doch die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus von Karl Marx und die Lehren von Lenin über den Imperialismus werden im buchstäblichen Sinne heute jeden Tag aufs neue und eindringlichste bestätigt.

IV. Zur Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitals

Die bedeutenden Veränderungen, die in den letzten Jahren in der Weltpolitik herbeigeführt werden konnten, beruhen zu einem gewichtigen Teil auch darauf, daß sich die drei revolutionären Hauptströme unserer Zeit immer fester, umfassender und in beschleunigtem Tempo in der gemeinsamen antiimperialistischen Aktion zusammenschließen. Gestattet mir, im Rahmen dieses Vortrages, mich auf einige Fragen der Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitals zu beschränken. Die außerordentlich wichtigen, doch sehr komplizierten und mannigfaltigen Prozesse der nationalen Befreiungsbewegung verdienen und erheischen eine gründliche und umfangreiche Darstellung, die die Zeit dieses Vortrages weit überschreiten würde.

Die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern ist in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. Die Volks- und Klassenkämpfe in den entwickelten kapitalistischen Staaten wachsen in gewaltigem Ausmaß an.

Worin bestehen **die wichtigsten Merkmale** dieser Entwicklung?

Erstens wächst entgegen den Pseudotheorien der Marcuse und Garaudy, die die revolutionäre Führungsrolle der Arbeiterklasse leugnen, die Rolle der Arbeiterklasse quantitativ und qualitativ in zunehmendem Maße in der Welt an. Die soziale Macht der Arbeiter, schrieb Karl Marx, ist vor allem in ihrer Zahl beschlos-

sen. In der Welt nimmt die Arbeiterklasse zahlenmäßig ständig zu. Während in der Mitte des 19. Jahrhunderts das Proletariat rund neun Millionen und zu Beginn des 20. Jahrhunderts rund 30 Millionen zählte, so beträgt heute nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation, einer Einrichtung der UNO, die Zahl der Lohnarbeiter in der Welt mehr als 700 Millionen. Die überwältigende Mehrheit davon kommt auf die Arbeiterklasse.

In den 20 Jahren vor dem zweiten Weltkrieg wuchs die Zahl der Produktionsarbeiter in den entwickelten kapitalistischen Ländern um 13,2 Millionen; in den letzten 19 Jahren erhöhte sich diese Zahl um 32 Millionen.

Das, Genossen, ist eine gesellschaftliche Kraft, wie sie die Geschichte noch nie gekannt hat. Die führende Rolle der Arbeiterklasse erhöht sich besonders durch die qualitativen Veränderungen in ihrer fachlichen und politischen Bildung, in ihrer zunehmenden Bedeutung in der Produktion im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Einführung der fortgeschrittenen Technik in der Wirtschaft, das rasche Wachstum der technisch führenden Produktionszweige verstärken die Vorhutrolle gerade des sozial aktivsten Teils der Arbeiterklasse unserer Zeit, nämlich der Industriearbeiter, im Verhältnis zur gesamten Klasse. In der heutigen Arbeiterklasse sind die Gesamtheit der Produktionserfahrungen der Menschheit, ihrer praktischen Fertigkeiten und die großen Erfahrungen im Klassenkampf akkumuliert, die viele Arbeitergenerationen erworben haben. Sowohl von ihrer Zahl als auch von ihrer Position im Produktionsprozeß und im Klassenkampf erhöht sich somit die Rolle der Arbeiterklasse als der wichtigsten produktiven und sozial-politischen Kraft der Gegenwart.

Zweitens: Im Unterschied zu früheren Zeiten war und ist ein wesentliches Anwachsen der Streikbewegung und anderer Aktionen des Klassenkampfes der Arbeiter und der anderen Werktätigen gerade unter den Bedingungen einer relativ hohen Wirtschaftskonjunktur und des Fehlens ökonomischer Krisen zu verzeichnen. Die Streikbewegung erreichte Anfang der 70er

Jahre nie gekannte Ausmaße. Während von 1946 bis 1960 rund 150 Millionen Streikende gezählt werden konnten, so belief sich die Zahl der streikenden Werktätigen von 1961 bis 1971 auf mehr als eine halbe Milliarde.

Allein im Bereich des entwickelten Kapitalismus stieg die Zahl der Teilnehmer an Streikkämpfen von 19 Millionen im Jahre 1965 auf 48 Millionen im Jahre 1971, das heißt auf mehr als das 2,5fache.

Drittens: Der ökonomische Kampf wächst immer mehr in politische Aktionen gegen das staatsmonopolistische kapitalistische Herrschaftssystem hinüber, wobei diese Klassenkämpfe immer häufiger zu gesamtnationalen Zusammenstößen mit dem Großkapital führen. Beispiele dafür sind die gewaltigen Klassenkämpfe im Mai 1968 in Frankreich, die Generalstreiks in Italien, Großbritannien, Japan, die machtvollen Streiks in den Betrieben der Mammutkonzerne der USA, die Massenstreiks in Argentinien, in Dänemark, in der BRD, in Portugal, der Türkei und Spanien.

Viertens: Ständig werden neue Schichten der Werktätigen an der Seite der Arbeiterklasse in den antimonopolistischen Kampf einbezogen, weil sich die Monopolbourgeoisie in den entwickelten kapitalistischen Ländern in immer stärkerem Maße in Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung bringt.

So wurden in den letzten Jahren zunehmend Lehrer, Angestellte, Postangestellte, Ingenieure und Techniker, Eisenbahner, Flugpersonal, Journalisten, Staatsbeamte in die Streikbewegung gegen das Großkapital einbezogen.

Fünftens: Das Jahr 1972 brachte eine weitere neue Erscheinung der Streikkämpfe der Arbeiterklasse mit sich: den gemeinsamen Streik über die Ländergrenzen hinweg gegen die Willkür der multinationalen Konzerne. Der erste Streik dieser Art in der europäischen Geschichte fand im Sommer 1972 statt. Mehr als 60 000 Arbeiter und Angestellte des englisch-italienischen Konzerns „Dunlop Pirelli“ traten gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen der multinationalen Konzernleitung in den Streik.

Im Herbst 1972 streikten in Holland und in der BRD zur gleichen Zeit 44000 Arbeiter des größten Chemiefaserkonzerns in Westeuropa „AKZO".

So reifen neue Bedingungen für größere und entscheidende Kämpfe der Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitals. Der von Lenin entdeckte Widerspruch zwischen einer hauchdünnen Schicht der Finanzoligarchie und allen anderen Klassen und Schichten des Volkes erlangt eine solche Schärfe und Zuspitzung, die nach grundlegenden Lösungen im Sinne der geschichtlichen Befreiungsmission der Arbeiterklasse drängen. Das hängt vor allem von der Einheit, Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiterklasse und dies wiederum von der Reife und Kampfkraft ihrer marxistisch-leninistischen Parteien ab.

V. Die kommunistische Weltbewegung

Im Ergebnis der Internationalen Beratung in Moskau hat die kommunistische Weltbewegung, die aktivste und einflußreichste politische Kraft unserer Epoche, einen großen Aufschwung genommen, sich auf den Positionen des Marxismus-Leninismus und des Zusammenschlusses um die KPdSU und die UdSSR konsolidiert und ihre führende politische Rolle im revolutionären Weltprozeß weiter erhöht. Die 1969 gemeinsam erarbeitete Generallinie hat sich im praktischen Kampf voll und ganz bewährt. Zahlreiche Forderungen aus dem Aktionsprogramm von 1969 sind bereits erfüllt oder sind im Prozeß ihrer Realisierung.

Einige Angaben über das zahlenmäßige Wachstum der kommunistischen und Arbeiterparteien. Gegenwärtig gibt es 89 kommunistische Parteien mit etwa 50 Millionen Mitgliedern. (Zum Vergleich: Es gibt 54 sozialistische bzw. sozialdemokratische Parteien mit 14,4 Millionen Mitgliedern.)

Die Französische Kommunistische Partei gewann im Jahre 1973 etwa 50 000 neue Mitglieder und zählt jetzt 470 000.

Die Italienische Kommunistische Partei gewann im gleichen Zeitraum 80 000 neue Mitglieder und umfaßt jetzt 1,6 Millionen Kommunisten.

Die Mitgliederzahl der kommunistischen und Arbeiterparteien Lateinamerikas erhöhte sich seit 1969 um etwa 150 000 auf insgesamt 500 000 Kommunisten.

Die Kommunistische Partei Indiens wuchs in den letzten acht Jahren von 175 000 auf 270 000 Mitglieder.

Worin zeigen sich weitere Erfolge im Kampf der kommunistischen und Arbeiterparteien?

Erstens: Die politische Aktivität und der politische Einfluß der großen Mehrzahl der kommunistischen und Arbeiterparteien zur Verwirklichung der gemeinsamen Generallinie ist gewachsen. Die Bruderparteien unternehmen große Anstrengungen, um die vielfältigen neuen Probleme des revolutionären Kampfes auf schöpferische, marxistisch-leninistische Weise zu beantworten, auf der Grundlage der Dokumente der Internationalen Beratung eine massenwirksame Strategie und Taktik zu entwickeln und die größer werdenden Möglichkeiten für den Ausbau des Einflusses der Kommunisten zielstrebig zu nutzen. Die Kommunisten bewähren sich in der Praxis nicht nur als die entschiedensten Kämpfer gegen den Imperialismus, sondern erweisen sich auch als die entscheidende inspirierende, organisierende und einende Kraft der gesamten antiimperialistischen Bewegung. Dabei wurden wichtige Erfolge erzielt.

Die FKP konnte bei den Parlamentswahlen im März 1973 die Zahl ihrer Mandate im Vergleich zu den Wahlen von 1968 mehr als verdoppeln. Die Linksparteien errangen insgesamt 46 Prozent der Stimmen.

Bei den Stadtratswahlen in Tokio stimmten 960 000 Wähler, das sind 20 Prozent, für die Kommunisten gegenüber 650 000 Wähler im Jahre 1969.

Eine bestimmte Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bzw. Linkssozialisten bahnt sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen (Frankreich, Italien, Norwegen, Japan, Finnland) an.

In Norwegen errang die von unserer Bruderpartei inspirierte Einheitsfront im sogenannten Sozialistischen Wahlverband einen beachtlichen Wahlsieg bei den Wahlen zum Storting, wodurch nach Jahrzehnten die Kommunisten wieder im Parlament vertreten sind.

Es entfalten sich breite politische Bündnisse demokratischer Kräfte im Kampf gegen das Monopolkapital und reaktionäre Herrschaftsformen, für gesellschaftlichen Fortschritt in verschiedenen Ländern (Gemeinsames Regierungsprogramm der Kommunisten, Sozialisten und Linken Radikalen in Frankreich; antiimperialistische Einheitsfronten, in denen die Kommunisten eine anerkannte, zum Teil führende Rolle spielen, in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern wie Uruguay, Argentinien, Venezuela). Es entwickeln sich die Verständigung und Zusammenarbeit zwischen den Kommunisten und patriotisch und antiimperialistisch gesinnten Militärs, wie in Peru, Ekuador und anderen Ländern.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und nationalrevolutionären Parteien entwickelt sich im Rahmen der Nationalen Front innerhalb asiatisch-afrikanischer Staaten (Irak, Syrien, Libanon, VDR Jemen, Bangladesh) und auch auf internationaler Ebene.

Zweitens: Einen spürbaren Aufschwung hat die ideologische und theoretische Arbeit vieler Bruderparteien genommen. Bedeutende Leistungen auf diesem Gebiet wurden im Zusammenhang mit dem 100. Geburtstag W. I. Lenins, der 150. Geburtstage von Karl Marx und Friedrich Engels, des 100. Jahrestages der Pariser Kommune, des 50. Jahrestages der Bildung der UdSSR, mit den aus diesen Anlässen abgehaltenen Konferenzen und Symposien und mit den veröffentlichten theoretischen Dokumenten und Schriften vollbracht.

Die Tendenz zur Internationalisierung der theoretischen Arbeit nimmt zu. Von Juli 1969 an haben unter Teilnahme von Vertretern kommunistischer und Arbeiterparteien über 30 internationale wissenschaftliche Konferenzen und Symposien zu Fragen der marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis stattgefunden. Besondere Aktivität entfaltete in dieser Hinsicht die Redaktion der Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“.

Drittens: Die Einheit und Geschlossenheit der kommunisti-

schen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus hat sich spürbar gefestigt. Die Zusammenarbeit der Bruderparteien sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Basis ist umfassender und intensiver geworden (Beratung der europäischen kommunistischen Parteien über europäische Sicherheit im Zusammenhang mit dem Brüsseler Völkerforum, im Februar vergangenen Jahres in Moskau über Jugendfragen, kürzliche Beratung der kommunistischen Parteien der arabischen Länder, Beratung der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas).

Von großer Bedeutung ist die Tatsache, daß die meisten Parteien der kapitalistischen und der national befreiten Staaten ihre brüderlichen Beziehungen zur KPdSU weiterentwickeln und vertiefen sowie die Errungenschaften der Sowjetunion und der Bruderparteien der Länder der sozialistischen Gemeinschaft offensiver propagieren.

Genossen!

Angesichts der sich in der Welt herausbildenden neuen politischen Lage, der Erfolge von strategischer Bedeutung des Weltsozialismus, ist die SED wie viele andere Bruderparteien der Meinung, daß eine neue internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien notwendig und herangereift ist. Es ergeben sich neue Positionen und neue Möglichkeiten für den internationalen revolutionären Kampf. Selbstverständlich ist angesichts der zum Teil noch komplizierten Lage und der sehr unterschiedlichen Kampfbedingungen innerhalb der kommunistischen Weltbewegung die Vorbereitung und Einberufung einer neuen internationalen Beratung keine kurzfristige Angelegenheit. Jetzt konzentrieren wir uns auf einen internen Meinungsaustausch zwischen allen Bruderparteien über die Notwendigkeit einer solchen Beratung.

Das Programm, das von den kommunistischen und Arbeiterparteien Europas in ihrer Erklärung vom Jahre 1967 in Karlovy Vary ausgearbeitet worden ist, ist fast vollständig erfüllt. Die Wende vom kalten Krieg zur friedlichen Koexistenz in Europa

läßt die baldige Vorbereitung und Einberufung einer neuen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas als zweckmäßig erscheinen. Auch darüber finden gegenwärtig Konsultationen statt.

VI. Schlußfolgerungen für die Außenpolitik der DDR und die internationalen Beziehungen der SED

Die sich neu herausbildende Lage in der Weltpolitik widerspiegelt sich auch in der neuen internationalen Position der DDR und den sich daraus ergebenden höheren Aufgaben ihrer Außenpolitik.

Die vollständige Durchsetzung der gleichberechtigten Teilnahme der DDR am internationalen Leben erfolgte im jahrzehntelangen harten Klassenkampf.

Die offizielle internationale Anerkennung des souveränen sozialistischen deutschen Staates bedeutet zugleich das Scheitern der auf die außenpolitische Isolierung und Einkreisung der DDR gerichteten Strategie des Weltimperialismus, insbesondere des Imperialismus der BRD. Die gleichberechtigte Rolle der DDR im internationalen Leben ist eines der charakteristischen Merkmale der Wende vom kalten Krieg zur immer vollständigeren Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten. Somit, Genossen, wurden bei der Lösung der zentralen Aufgabe der sozialistischen Außenpolitik, die der VIII. Parteitag beschloß, nämlich günstige äußere Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus zu schaffen, ein qualitativer Fortschritt erreicht.

Für die internationale Position der DDR ist eine neue Situation entstanden. War die DDR bisher gezwungen, in vielen internationalen und bilateralen Beziehungen die guten Dienste anderer sozialistischer Länder in Anspruch zu nehmen, so kann und wird

sie nunmehr von ihren neuen Positionen aus ihren aktiven Beitrag zur Verwirklichung der gemeinsam abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Gemeinschaft leisten, die auf dem Friedensprogramm des XXIV. Parteitages der KPdSU beruht und auf dem Krim-Treffen der führenden Genossen unserer Länder konkret entwickelt wurde.

Mit den gewachsenen internationalen Positionen der DDR hat sich ihre Mitverantwortung für die Verwirklichung dieser gemeinsamen Linie der sozialistischen Gemeinschaft erhöht. Die DDR leistet ihren Beitrag, indem sie sich auf die vom VIII. Parteitag der SED festgelegten **vier Hauptrichtungen der Außenpolitik** konzentriert:

- die Festigung der Macht, der Einheit und des internationalen Einflusses der sozialistischen Gemeinschaft. Schwerpunkt ist dabei die Erweiterung und Vertiefung des Bruderbundes mit der Sowjetunion, die ständige Vervollkommnung der Abstimmung der koordinierten Außenpolitik mit den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die Vervollkommnung der Zusammenarbeit im Warschauer Vertrag und im RGW;
- die Verstärkung der Zusammenarbeit mit den national befreiten Staaten und den nationalen Befreiungsbewegungen;
- die Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz mit kapitalistischen Staaten und die Entwicklung gegenseitig vorteilhafter Beziehungen. Die Entwicklung stabiler politischer und ökonomischer Beziehungen ist insbesondere auf diejenigen Staaten zu konzentrieren, die als Partner bei der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz von besonderer Bedeutung sind;
- Kampf gegen die aggressive Politik des Imperialismus, für die Sicherung des Weltfriedens, für kollektive Sicherheit in Europa und Asien und für internationale Abrüstung. In diesem Zusammenhang bildet die erfolgreiche Weiterführung und ein möglichst baldiger Abschluß der Europäischen Sicherheitskonferenz einen Schwerpunkt unserer Außenpolitik. Die DDR wird ihren Beitrag zur erfolgreichen Durchführung der Wiener

Konferenz über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa leisten.

Die DDR wird bestrebt sein, als Mitglied der UNO

- in der UNO im größtmöglichen Umfang Schritte zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit sowie zur Rüstungseinschränkung und zur Abrüstung zu unterstützen und wirksam werden zu lassen;
- mit Hilfe der UNO nach der Liquidierung der bestehenden Konflikte und Kriegsherde zu streben;
- das Kräfteverhältnis in der UNO in den entscheidenden weltpolitischen Fragen weiterhin zugunsten der Sache des Friedens und des Fortschritts zu verändern.

Genossinnen und Genossen!

Der VIII. Parteitag der SED stellte die Aufgabe, Beziehungen der friedlichen Koexistenz insbesondere auch mit der BRD und Westberlin herzustellen. Auf diesem Gebiet haben wir, wie Genosse Erich Honecker auf der 8. und 9. Plenartagung des Zentralkomitees festgestellt hat, die ersten entscheidenden Fortschritte erzielt. Die Entwicklung normaler, gutnachbarlicher Beziehungen gemäß den völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur BRD ist und bleibt keine taktische, sondern eine grundlegende Aufgabe der Außenpolitik unseres sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staates. Diesem Ziele dienen unsere konstruktiven Vorschläge und Verhandlungen über die Errichtung der Ständigen Vertretungen zwischen beiden Staaten. Charakter und Status dieser Ständigen Vertretungen ergeben sich erstens aus den im Grundlagenvertrag verankerten völkerrechtlichen Prinzipien der souveränen Gleichheit, der Unabhängigkeit, der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen heute und in Zukunft sowie dem Grundsatz, daß sich die juristische und die Hoheitsgewalt jedes Staates nur auf sein Territorium beziehen kann usw. Charakter und Status der Ständigen Vertretungen ergeben sich aus der uneingeschränkten Gültigkeit der Wiener Konvention über die diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten vom April 1961, die bekanntlich Völkerrecht ist.

Sowohl bei den Verhandlungen über die Ständigen Vertretungen als auch über die Folgeverträge (Gesundheitswesen, nichtkommerzieller Zahlungsverkehr, Post- und Fernmeldewesen, Wissenschaft und Technik, Kultur, Rechtshilfe) wurden und werden Versuche unternommen, entgegen Geist und Buchstaben des Grundlagenvertrages und der UNO-Charta – die ja auch für die Beziehungen zwischen den neuen Mitgliedern DDR und BRD gilt –, irgendwelche „innerdeutschen Sonderbeziehungen“ direkt oder indirekt zu konstruieren. Das war und das bleibt ein aussichtsloses Unterfangen. Gewisse Kreise in der BRD können sich offenbar nur schwer von dem untauglichen Streben nach „innerdeutschen Sonderbeziehungen“ befreien. Welche Absichten stecken hinter diesem Starrsinn? Ist es gleich Starrsinn, hat es doch Methode! Es geht ihnen darum, den in dem Vertragswerk mit der Sowjetunion, Polen, der DDR und der ČSSR eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen einen provisorischen Charakter zu verleihen, um alle diese Regelungen als einen nur zeitweilig gültigen „Modus vivendi“ hinzustellen. Damit soll ein sogenanntes „Offenhalten der deutschen Frage“ demonstriert werden, wobei unter dieser These die zerschlagenen Fronten gegen die DDR wieder aufgebaut werden sollen. Ein hervorstechendes Beispiel dafür ist insbesondere die revanchistische Begründung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes der BRD zum Grundlagenvertrag.

Was ist zu all dem zu sagen? Die Losung vom „Offenhalten der deutschen Frage“ ist natürlich eine glatte Fälschung und plumpe Lüge. Die sogenannte deutsche Frage ist endgültig gemäß den Prinzipien des Völkerrechts entschieden.

Wesentliches, was einst durch einen Friedensvertrag hätte geregelt werden müssen, ist seither definitiv und dauerhaft geregelt worden:

- die Frage der Souveränität wurde für die DDR bereits durch den Staatsvertrag mit der UdSSR im September 1955 völkerrechtlich geregelt;
- was die Reparationen anbetrifft, so hat die UdSSR nach

Konsultation mit der Volksrepublik Polen im März 1953 feierlich erklärt, daß ab 1. Januar 1954 die DDR ihre Reparationsverpflichtungen vollständig und endgültig erfüllt hat;
– was den militärischen Status betrifft, der eine wichtige Seite jedes Friedensvertrages ist, so hat bekanntlich die BRD durch die Remilitarisierung, die Unterzeichnung der Pariser Verträge 1954 und den Beitritt zur NATO 1955 zusammen mit den Westmächten vollendete Tatsachen geschaffen und aus diesem Grunde zusammen mit den USA, Großbritannien und Frankreich damals – als noch ein Friedensvertrag notwendig und möglich war – die entsprechenden Friedensvertragsvorschläge der Regierungen der UdSSR und der DDR abgelehnt und sabotiert. Die DDR hat mit ihrem Beitritt zum Warschauer Vertrag dann die Konsequenzen zum Schutze des Friedens und ihrer Sicherheit gezogen.

Infolgedessen erklärten der damalige britische Außenminister Selwyn Lloyd und der Bonner Sonderbotschafter Grewe auf der Genfer Außenministerkonferenz 1959, daß mit Ausnahme der Grenzfragen alle Fragen, die in einem deutschen Friedensvertrag zu regeln sind, bereits gelöst wären.

Mit den Verträgen von Moskau, Warschau, Berlin, Prag mit der BRD sowie mit dem Vierseitigen Abkommen über Westberlin sind nun die Grenzfragen zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten Europas, insbesondere zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD, völkerrechtlich definitiv gelöst.

Es gibt also gar keine deutsche Frage mehr, sondern es gibt eben zwei sozial entgegengesetzte, voneinander unabhängige deutsche Staaten und Nationen, wie auf dem VIII. Parteitag der SED nachgewiesen worden ist. Die ausschlaggebenden sozialökonomischen, klassenmäßigen und politischen Grundlagen für die Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR, die eng mit den sozialistischen Brudernationen verbunden ist, schließen jedwede „Annäherung" oder „Gemeinsamkeit" mit der sozial entgegengesetzten kapitalistischen Nation in der BRD aus. Die

Beziehungen zwischen der DDR und der BRD werden nicht durch irgendwelche „nationale Gemeinsamkeiten", sondern in erster Linie durch unüberbrückbare Klassengegensätze, durch den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestimmt. Aber es gibt ein grundlegendes gemeinsames Interesse zwischen der DDR und der BRD. Das ist die Sicherung des Friedens und gleichberechtigter, sachlicher Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil, wie dies zwischen souveränen, unabhängigen Staaten der Fall ist. Ihre Beziehungen können nur auf der Grundlage der völkerrechtlichen Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher sozialer Ordnung aufgebaut werden, wie dies im Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD vereinbart wurde. Dafür trat und tritt die DDR beharrlich, besonnen, mit konstruktiven Initiativen und gutem Willen ein. Zugleich geht der Prozeß der gesellschaftlichen Abgrenzung zwischen der DDR und der BRD, wie er sich seit 25 Jahren vollzogen hat, natürlich gesetzmäßig immer weiter.

Genossen!

Die Wende zur Entspannung und zur friedlichen Koexistenz ist erst am Anfang. Friedliche Koexistenz zwischen Staaten mit entgegengesetzten Gesellschaftsordnungen bedeutet nicht Aufhebung des Grundwiderspruchs zwischen Sozialismus und Kapitalismus und der Klassenauseinandersetzung. Sie bedeutet mithin nicht Verewigung des sozialen Status quo. Das Gegenteil ist doch der Fall. Der Prozeß der revolutionären Veränderung in der Welt trägt objektiven Charakter. Wo es Ausbeutung gibt, wird um Befreiung von ihr gekämpft. Wo Kolonialismus herrscht, wird um nationale Befreiung gerungen. Wo Aggression geübt wird, gibt es ihre entschiedene Abwehr. Wir sind nicht Anhänger irgendeines Friedens, wir sind für den gerechten, den demokratischen und darum dauerhaften Frieden. Das ist unsere marxistisch-leninistische Konzeption des Friedens.

Die historische Auseinandersetzung geht weiter, sie ist unumgänglich; der ideologische Kampf in der internationalen Arena

wächst ständig an, ja, er gewinnt an Bedeutung und nimmt an Schärfe zu.

Die Strategie der ideologischen Offensive des Sozialismus muß auf die optimale Verstärkung der Propaganda in folgenden Richtungen aufgebaut werden: erstens auf den Nachweis, daß dem Sozialismus der Frieden wesenseigen ist. Das ist die ideologische Sicherung der Friedensoffensive. Zweitens ist der Nachweis der Überlegenheit, der Gerechtigkeit des Sozialismus überzeugend und systematisch zu führen. Drittens bedarf es der ständigen Entlarvung des Imperialismus als Quelle der Kriege, der Krisen, der sozialen und nationalen Unterdrückung. Mit der offensiven Erläuterung der Errungenschaften des Sozialismus und mit dem aktiven Kampf gegen den Antikommunismus und Antisowjetismus wirken die marxistisch-leninistischen Parteien zugleich den Versuchen des Klassengegners entgegen, den Entspannungsprozeß zu untergraben und eine neue Runde der militärisch-politischen Konfrontation zu provozieren.

Gestützt auf die erreichten Erfolge und Positionen führen wir unseren Kampf mit verstärkten Kräften, mit weitergesteckten Zielen fort. Die Entspannung der internationalen Lage verändert nicht die grundlegenden Ziele der Arbeiterklasse, wie sie auch nicht die Klassenziele der Bourgeoisie ändert.

Aber die Entspannung gibt die Möglichkeit, die Entfesselung eines Weltkrieges nicht zuzulassen, seine Gefahr immer mehr zu verringern, das Wettrüsten einzuschränken und durch praktische Fortschritte auf dem Wege der internationalen Sicherheit und Abrüstung eine lange Friedensperiode herbeizuführen.

Die Entspannung verbessert somit die äußeren Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Sie eröffnet neue Möglichkeiten für die Entwicklung des revolutionären Weltprozesses. Während wir stets die Verteidigungskraft unserer Gemeinschaft auf dem gebührenden Niveau gewährleisten, treten in der historisch unumgänglichen Auseinandersetzung der beiden Weltsysteme gegenwärtig immer mehr die Fragen der Wirtschaft, der Politik, der Diplomatie und der Ideologie in den

Vordergrund. Besonders die Rolle des ideologischen Kampfes in der Weltarena wächst bedeutend an. Die Aufgabe der Ausnutzung der Vorteile der sozialistischen Ordnung im Wettbewerb mit dem Kapitalismus wird immer wichtiger. Die sozialistischen Staaten werden auch auf dem Gebiet der internationalen Politik ihren klassenmäßigen Kurs fortsetzen und dem Kampf der Völker für soziale und nationale Befreiung weiterhin ihre volle Unterstützung gewähren.

Unseren Hauptbeitrag zu diesem weltverändernden Werk leisten wir durch die weitere gute Erfüllung der Beschlüsse unseres VIII. Parteitages, wozu uns die Tagungen des Zentralkomitees den konkreten Weg weisen.

Wir verfügen also im 25. Lebensjahr unserer Deutschen Demokratischen Republik über stärkere Positionen für den Weltsozialismus und den Weltfrieden. Aber die Dialektik des revolutionären Prozesses in der Welt besteht ja bekanntlich darin, daß der Imperialismus, die letzte, jedoch stärkste aller Ausbeuterordnungen, erbittert um die Verteidigung und Erweiterung seiner schrumpfenden Positionen kämpft und niemals freiwillig vom Schauplatz der Geschichte abtritt.

Eine neue, eine günstigere Lage für die revolutionären Kräfte der Welt bahnt sich an, aber zugleich verschärft sich der internationale Klassenkampf. Gewappnet mit den Beschlüssen des VIII. Parteitages und der Tagungen des Zentralkomitees, laßt uns unseren Beitrag leisten, damit sich das Rad der Geschichte weiter und schneller zum Siege von Frieden und Sozialismus auf der Welt dreht.

Inhalt